steht die Arbeiterbewegung Arbeitern in Bewegung?

Tiffany Ten Eyck mit David Bacon zur Einwanderungsreform in den USA

Gesetz, doch der AFL CIO unterstützte es. Seine Begründung lautete, dass die Menschen nach Hause gehen oder nicht hierher kommen würden, wenn sie nicht arbeiten können. Es war ein »wir-gegen-die«-Argument. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften und die Arbeitsplätze gehören den Staatsbürgern, und Einwanderer sollten nicht hier sein.

Danach agitierten und organisierten Migrationsrechts-Aktivisten innerhalb der Gewerkschaften gegen diese Position und versuchten Gewerkschaften dafür zu gewinnen, die Forderung nach Aufhebung der Sanktionen gegen die Arbeitgeber zu unterstützen. Aufgrund des demographischen Wandels unter den Lohnabhängigen und des wachsenden Interesses von Gewerkschaften an der Organisierung der Unorganisierten gelang es uns, innergewerkschaftlich eine Auseinandersetzung nach der anderen um die Abschaffung der Sanktionen gegenüber Arbeitgebern zu gewinnen. Die Botschaft war: Wenn Du versuchst, jemanden wegen fehlender Papiere bzw. Genehmigungen zu feuern, wirst Du von uns bekämpft.

Innerhalb des AFL CIO waren es die Textilgewerkschaften und dann die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (*Service Employees International Union*), die wir als erste gewannen. Dies war zu der Zeit, als die SEIU zunehmende Aktivitäten mit ihrer Kampagne »Justice for Janitors« entwickelte. Die Arbeitgeber nutzten die eigentlich gegen sie selbst gerichteten Sanktionen immer dann, wenn sich Arbeiter zu organisieren versuchten. Wir gewannen den Kampf innerhalb der SEIU, indem wir nachwiesen, dass die Arbeitgebersanktionen als Waffe gegen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben zur Organisierung von Arbeitern eingesetzt wurden.

John Sweeney wurde 1995 für das Versprechen gewählt, dass er die Organisierung unorganisierter Arbeiter ganz oben auf die Agenda setzen würde. So konnten wir argumentieren, dass man sich den Sanktionen gegenüber den Arbeitgebern widersetzen muss, wenn man wirklich an der Organisierung von Arbeitern interessiert ist. Dies bewahrheitete sich im Laufe der Zeit. Sanktionen wurden gegen die Teamsters benutzt, als sie versuchten, Apple-ArbeiterInnen im Staat Washington zu organisieren; sie wurden gegen Reinigungskräfte im Silicon Valley eingesetzt und gegen TextilarbeiterInnen in New York.

Wir hatten in Nord-Kalifornien ein Netzwerk von Organizern (*Labor and Immigrant Organizers Network*), das 1998 eine Resolution entwarf und begann, diese in Gewerkschaften und auf Gewerkschaftsversammlungen im gesamten Land zu verbreiten. Das Netzwerk forderte vier Dinge:

Schafft die Arbeitgebersanktionen ab; legalisiert Menschen ohne Papiere; schützt das Recht der Arbeiter – einschließlich der Undokumentierten – auf Organisierung, und führt die Familien wieder zusammen. Wir nahmen die Gastarbeiterprogramme nicht in diesen Beschluss hinein, weil der AFL CIO sich schon gegen solche Gastarbeiterprogramme positioniert hatte.

Diese Resolution wirkte wie ein Zündfunke, und als sie beim AFL CIO-Kongress in Los Angeles vorgelegt wurde, gab es nicht nur viele lokale und regionale Gewerkschaftsgliederungen aus dem ganzen Land, die sie unterschrieben und unterstützten, sondern auch eine Bereitschaft unter den nationalen Gewerkschaftsverbänden, sich für eine Positionsänderung einzusetzen. Auf der Sitzung des Hauptvorstandes einige Monate später wurde ein Beschluss verabschiedet, der alle Forderungen unserer Resolution enthielt.

Das war eine historische Veränderung für die Arbeiterbewegung, weil es besagte, dass »unsere Bewegung allen Arbeitern gehört, nicht nur einigen wenigen; wir haben um den legalen Status jedes Einzelnen zu kämpfen; wir müssen Gesetzen entgegentreten, die Arbeit kriminalisieren«. Das war der Höhepunkt.

Was führte in den darauffolgenden Jahren dazu, dass die großen Gewerkschaften und Dachverbände sich gegen die Einwanderungsreform stellten?

David Bacon: Die große Frage nach dem AFL CIO-Kongress war, wie eine Einwanderungsreform durch den US-Kongress zu bekommen wäre. Die Gewerkschaften, die ausstiegen, um die *Change to Win* (CTW)-Föderation aufzubauen, übernahmen im Großen und Ganzen eine Argumentation, nach der eine Legalisierung allein über den Weg eines Bündnisses mit den Arbeitgebern zu erzielen sei, und Arbeitgeber wollen Gastarbeiter. Wenn wir ihnen Gastarbeiter geben und uns zugleich mit der Verschärfung von Kontrollen der Arbeitsverhältnisse einverstanden erklären, bekommen wir dafür dann vielleicht im Gegenzug eine Amnestie.

Und das war die Architektur für die »umfassende Reform der Einwanderungsgesetze«, die in den letzten Jahren im US-Kongress verhandelt wurde: große Gastarbeiterprogramme, wachsender Druck, Sanktionen gegen Arbeitgeber umzusetzen, und ein gewisser Grad an Legalisierung. Aber faktisch waren die Legalisierungsvorschläge eher arbeitgeberfreundlich: Sie beinhalteten etwa einen 18-jährigen Anwartschaftsstatus für die Beschäftigten, während sie Arbeitgeber, die eigentlich Sanktionen zu erwarten hätten, vor Bestrafung schützten. Mit anderen Worten, sie würden der bestehenden Arbeiterschaft Bestandsschutz gewähren, während Gastarbeiterprogramme aufgelegt werden und laufen.

Insofern war die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren am Thema der Einwande-

Fortsetzung auf Seite 10 oben

Programmzahlen hoch, Löhne runter

Daimler-KollegInnen fordern Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnkürzung

»Gestärkt aus der Krise hervorgehen«, das wollen alle großen Autounternehmen und setzen dabei voll auf die kathartischen Effekte der »Marktbereinigung«. Denn Kapitalvernichtung und Beseitigung von Konkurrenz vergrößern die Anteile am verbleibenden Kuchen und ›lösen‹ so auch das Problem der Überkapazitäten – jedenfalls für die Unternehmen, die übrig bleiben in diesem Rattenrennen. Dabei helfen nicht nur die Steuerzahler mit der nochmals komfortabler gestalteten Subventionierung der Unternehmensbeiträge zur Kurzarbeit, sondern auch Betriebsvereinbarungen, in denen Entgeltverzicht vereinbart wird, wie jüngst bei Opel oder bei Daimler: Während die Programmzahlen bei Daimler wieder steigen, werden Spekulationen über eine mögliche Überschuldung dazu genutzt, die Löhne zu drücken. Kollegen der »alternative« kommentieren:

Viele Kollegen fühlen sich regelrecht abgezockt. In der zweiten Jahreshälfte wird das Produktionsprogramm gegenüber dem ersten Halbjahr deutlich steigen. Trotzdem soll die Belegschaft weiterhin mit erheblichen Lohneinbußen leben. Dafür haben Vorstand und Gesamtbetriebsrat mit der »Vereinbarung zur Senkung der Arbeitskosten« schnell noch vor Bekanntgabe der Programmplanung gesorgt. Wer kurzarbeitet hat erhebliche Entgeltverluste durch die gekürzte Aufzahlung. Und wer genug Arbeit hat, so dass Kurzarbeit nicht (mehr) in Frage kommt, hat trotzdem durch die obligatorische Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich rund neun Prozent Entgeltkürzung.

Während das Produktionsprogramm in den ersten beiden Quartalen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 140 000 bzw. 110 000 Fahrzeuge eingebrochen ist, wird die Reduzierung im dritten Quartal mit unter 50 000 deutlich geringer ausfallen. Für das vierte Quartal sind aktuell sogar bereits wieder 280 000 Fahrzeuge geplant, was gerade mal noch zehn Prozent unter Normalprogramm bedeutet. Durch die Betriebsruhezeiten im Sommer steigt das Tagesprogramm an den verbleibenden Produktionstagen auf Größenordnungen wie im ersten Halbjahr 2008. Und da war laut Unternehmensleitung von der Krise noch nichts zu spüren. In bestimmten Bereichen soll es ab Juli, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Kurzarbeit mehr geben. »Warum also weiter verzichten?«, fragen sich viele Kollegen, »wenn wieder mehr Autos produziert und verkauft werden, dann wird doch auch wieder mehr Geld eingenommen«.

Insolvenzgefahr – ein großes Abzocktheater?

Trotz fast 60 Milliarden Euro Nettoverschuldung weisen die Rating-Agenturen Daimler, wie auch BMW und VW, nach wie vor Bestnoten bei der Bonität (Kreditwürdigkeit) zu. Außerdem wird die Daimler-Aktie aktuell als unterbewertet eingestuft und deshalb im Kursziel heraufgesetzt. Klingt das

Fortsetzung auf Seite 10 unten

Redaktion express u.a.

Baustelle China

Eindrücke und Fragen
einer Studien- und Begegnungsreise

China ist die große Unbekannte im Prozess der Globalisierung – und vielleicht gerade deshalb eine so geeignete Projektionsfläche für westliche Ängste, Vorurteile und Hoffnungen. Vom neuen kommunistischen Feind im Osten über Staatskapitalismus, sozialistische Marktwirtschaft bis zum letzten real existierenden Keynesianismus reichen die Bezeichnungen. Doch wie stabil ist die chinesische Entwicklung in Politik und Wirtschaft überhaupt – und wem nutzt die Modernisierung? Im September 2007 nahmen Mitglieder der express-Redaktion an einer Studienreise »Arbeitswelten in China« teil und haben sich ›die große Unbekannte‹ etwas genauer angesehen. Überall wird (um-)gebaut. Die Broschüre enthält Eindrücke von den Baustellen quer durchs Land und daran anschließende Beiträge, u.a. von:

Bodo Zeuner: »Revolutionäre Harmonie. Auf der Baustelle«

Irmtraud Schlosser: »Mobiler Arbeitseinsatz im modernen Kapitalismus«

Eva-Maria Bruchhaus: »1,2,3,4 Maos on the Cap. Spurensuche im ›Musterländle‹«

Thomas Sablowski: »Ganz gewöhnlicher Kapitalismus«

Kirsten Huckenbeck / Chang Kai: »Verordnete Harmonie. Perspektiven der Entwicklung von Kapital & Arbeit«

Chris Chan / Pun Ngai: »The Making of ... Kollektivaktionen von WanderarbeiterInnen«

Ränkeschmiede 17,
1. Auflage, November 2008, 92 Seiten,
10 Euro zzgl. Porto und Versand

Zu beziehen über die Redaktion des express:
express-afp@online.de, Tel. (069) 67 99 84

Fortsetzung von Seite 9 oben

diese umfassende Einwanderungsreform unterstützten. Die Ironie der Geschichte ist, dass das genau die Gewerkschaften sind, die 1999 am härtesten für eine Aufhebung der Kontroll- und Strafmaßnahmen gekämpft hatten!

Das neu formulierte, gemeinsame Positionspapier von AFL CIO und CTW ist zumindest ein Versuch, diese Spaltung zu überwinden. Ich denke, es ist in der Tat ein Versuch, den CTW-Verbund und den AFL CIO wieder zusammen zu bringen. Wenn das nämlich bei der Einwanderungsreform gelingt, kann es natürlich auch in allen anderen möglichen Angelegenheiten gelingen, denn dies ist einer der Schauplätze, auf denen es die schärfsten Konflikte zwischen CTW und AFL CIO gab.

Eine gemeinsame Position zur Einwanderungsreform ist insofern eine gute Idee – wenn es eine gute Position ist. Wenn nicht, dann ist es keine gute Idee. Wir müssen uns also genauer ansehen, worin diese Positionen wirklich bestehen.

Es gibt einen guten Teil an dem Papier, für den sich einzusetzen der Arbeiterbewegung gut zu Gesicht stünde. Er besagt, dass eine langfristige Lösung für unkontrollierte Einwanderung in der Stärkung einer gerechten ökonomischen Integration liegt, mit der die enormen ökonomischen Ungleichheiten beseitigt würden. Eine wesentliche Komponente dessen ist ein Globalisierungsmodell, das mit fairem Handel auch den Einsatz für das Recht auf freie Bildung von Gewerkschaften für alle Arbeiter verbindet.

Zu diesem Punkt gibt es auch noch ein besseres Statement in einem Schreiben, das Sweeney und Ken Georgetti vom *Canadian Labour Congress* an Obama über die NAFTA verfasst hatten. Sie sprachen über die Freisetzung von Menschen und darüber, dass die NAFTA durch die ansteigende Armut Migration verursache.

Hier schauen wir also auf den Zusammenhang von Einwanderungs- und Handelspolitik. Wir können kein Freihandelsabkommen mit Kolumbien unterstützen, wenn dieses dazu führt, dass Millionen von Kolumbianern in die Migration getrieben werden – und das wird passieren. Desgleichen mit Panama, mit Peru, all diese Vereinbarungen und das ökonomische Modell, dessen Bestandteil sie sind, treiben Millionen von Menschen in die Migration. Deshalb müssen wir uns nicht nur gegen diese Handelsvereinbarungen einsetzen, sondern völlig neue ökonomische Beziehungen mit anderen Ländern fordern. Das ist heutzutage etwas ganz Grundsätzliches, und es wird eine Menge Arbeit machen, diese Worte in unserer Arbeiterbewegung lebendig werden zu lassen. Denn was wir damit wirklich sagen ist, dass wir einen grundlegenden Wandel in der Außenpolitik dieses Landes – und zwar ökonomisch, politisch und militärisch – fordern. Das wird uns aber in Konflikt mit der Obama-Administration bringen.

Schöne Worte, aber wie können wir sie umsetzen?

David Bacon: Hier drückt sich zunächst ein fundamentaler Wandel des Bewusstseins in unserer Gewerkschaftsbewegung bzw. unter Arbeitern aus. Die NAFTA hat uns das gelehrt – und wir haben einiges an Lehrgeld dafür gezahlt. Sie hat uns nicht nur gelehrt, dass Unternehmen mehr als bereit sind, uns unsere Arbeitsplätze zu nehmen und sie nach Mexiko zu verlagern, sondern dass die gleichen Handelsvereinbarungen auch nicht gut waren für die Menschen in diesen Ländern.

Sie ließen Menschen verarmen, vernichteten ihre Arbeitsplätze, sie zerrissen ihre Tarifverträge, sie haben landwirtschaftliche Produkte mit Dumpingpreisen von deren Märkten verdrängt, so dass die Bauern nicht überleben konnten; alles das führt zu Migration. In anderen Worten, als arbeitende Menschen hier und als arbeitende Menschen in solchen Ländern, wie besonders Mexiko, haben wir ein gemeinsames Interesse, uns diesen Abkommen zu widersetzen. Das ist eine wichtige Erkenntnis für uns. Wir stehen hier auf der selben Seite. (...)

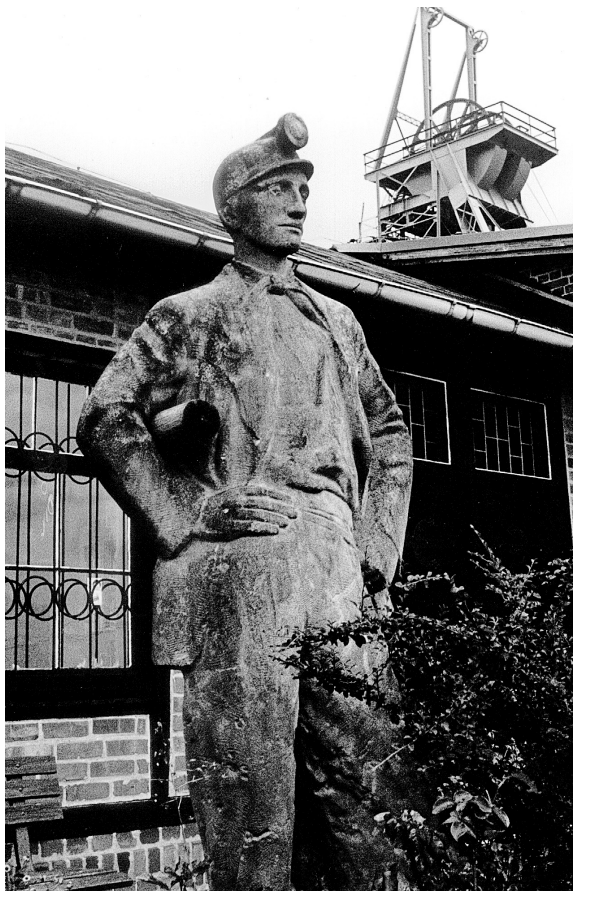
Wenn es also wahr ist, dass der Grund dafür, dass die Leute hierher kommen, die NAFTA und eine ungerechte ökonomische und Handelspolitik sind, dann müssen wir sicherstellen, dass diese Menschen, wenn sie als Arbeitskräfte zu uns kommen, die gleichen Rechte wie wir haben. Sie sind nicht irgendjemand Anderes, sondern sie sind wir.

Die Frage ist, ob der Rest dieses Positionspapiers dem gerecht wird – ist es konsistent? Das ist es eben nicht. Es besagt, dass diesen Menschen, die vertrieben werden und hierher kommen, nicht erlaubt wird zu arbeiten. Faktisch sollen sie nach Hause gehen. Wenn man eine »sichere und effektive Kontrolle der Arbeiterlaubnis« fordert, dann heißt das, dass Arbeitgeber keine undokumentierten Arbeiter anstellen dürfen und bereits Beschäftigte entlassen werden müssen.

Kommen wir also zur Amnestie. Die gemeinsame Erklärung setzt auf eine Regulierung des Status' von aktuell undokumentierten ArbeiterInnen.

David Bacon: Eine Amnestie ist wichtig, aber sie kann die Auswirkungen der Bindung von Arbeitsverhältnissen an eine Arbeiterlaubnis nicht aufheben. Denn solange dieses ökonomische Ungleichgewicht fortbesteht, werden die Menschen weiterhin kommen – wir werden bei unseren Organizing-Kampagnen mit ihnen zu tun haben, sie werden Mitglieder unserer Gewerkschaft werden. Die wirkliche Frage für uns ist also, ob wir unsere Schwestern und Brüder verteidigen, die keine Arbeiterlaubnis besitzen?

Wir hatten gerade ein gutes Beispiel bei »Overhill Farms« in Los Angeles. Am 31. Mai entließ das Management 254 Menschen, weil diese keine gültigen Sozialversicherungs-



nummern hatten. Diese Menschen gehören zum Local 770 der *United Food and Commercial Workers* (UFCW). Was wird die Gewerkschaft nun unternehmen?

Wenn die Gewerkschaft sich an das Positionspapier von AFL CIO und CTW halten würde, müsste sie sagen: »OK, Du hast keine Arbeiterlaubnis; ich glaube, Du solltest hier nicht sein.« So etwas demontiert die Gewerkschaft massiv. Wie kann man eine Gewerkschaft haben, in der 254 von 800 Mitgliedern gefeuert und von dieser nicht verteidigt werden?

In dem Positionspapier wird u.a. auch die Einrichtung einer unabhängigen Kommission gefordert, die festlegt, wie viele ausländische Arbeiter zugelassen werden sollen. Ich frage mich, ob diejenigen, die diese neue Plattform entwickelt haben, darauf spekulieren, dass es reichlich mehr Arbeitsvisa geben wird, und Menschen dann legal kommen können.

David Bacon: Dies ist der Kern der Arbeitgebervorschläge. Die Arbeitgeber schlagen seit ewigen Zeiten Gastarbeiterprogramme vor. Doch mittlerweile haben wir zehn Prozent Arbeitslosigkeit. Deshalb sind Konzepte, die es den Arbeitgebern erlauben würden, jährlich 400 000 oder 500 000 Beschäftigte mit Arbeitsvisa zu rekrutieren und in die USA zu bringen, politisch zur Zeit nicht realistisch. Der US-Kongress wird das nicht zulassen.

Deshalb versuchen die Arbeitgeber, eine andere Spieltaktik: Wenn Unternehmen zukünftig einen Arbeitskräftemangel konstatieren, sollen sie zu einer Kommission gehen können – und wenn diese zustimmt, kann sie die Genehmigung für zeitlich befristete Arbeitsvisa erteilen.

Fortsetzung von Seite 9 unten

nach einem von Insolvenz bedrohten Unternehmen? Wohl eher nicht. Die deutliche Verlängerung von Lieferfristen bei Firmenangehörigen, aber auch bei externen Käufern weist auch nicht auf einen Abwärtstrend hin. Alles zusammen genügend Gründe, um die Unausweichlichkeit des vom Gesamtbetriebsrat vereinbarten Verzichts der Belegschaft anzuzweifeln. Ganz anders als im letzten *Scheibenwischer* (Zeitung des BR, *Anm.d.Red.*) stand, sind wir »alternative«-Betriebsräte nicht der Meinung, dass die Vereinbarung »notwendig und richtig« war. »Notwendig« nicht, denn die zwei Mrd. aus dem Verzichtspaket können eine Insolvenz, sollte es bei einer Verschuldung in Höhe von 60 Mrd. Euro dazu kommen, auch nicht abwenden. Und »richtig« nicht, weil die Verzichtspolitik der letzten 15 Jahre unsere Arbeitsplätze nicht sicherer gemacht hat. Im Gegenteil: die Erpresser kamen in immer kürzeren Abständen zurück, und die »Interessenvertreter« im Gesamtbetriebsrat haben uns die neuen Verzichtsverhandlungen wieder als unausweichlich dargestellt.

Verzicht beenden – nicht die Arbeitszeitverkürzung

Auch wenn sich die Produktionsprogramme derzeit erholen und Kurzarbeit eher reduziert wird, sollte man noch lange nicht vom Ende der Krise reden. Schon deswegen nicht, weil es im weltweiten Automobilbau völlig unabhängig von der aktuellen Wirtschaftskrise enorme Überkapazitäten gibt. Für die, die »gestärkt aus der Krise hervor gehen« wollen, sind Fabrikschließungen und Entlassungen vielleicht der richtige Weg. Ganz im Sinne ihrer Wettbewerbslogik. Wir sind gegen diesen Weg. Gegen Entlassungen bei uns, aber auch gegen Jobvernichtung bei anderen. Unsere Lösung liegt in dauerhafter Arbeitszeitverkürzung. Allerdings gibt es bei den steigenden Programmen keinen Grund für eine entsprechende Entgeltkürzung. Deshalb fordern wir als nachhaltiges gewerkschaftliches Krisenprogramm: Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich!

(aus: alternative Nr. 68,
Für die Kolleginnen und Kollegen im Daimler-Werk Untertürkheim, 17. Juni 2009)

Ausverkauf bei

IG Metall vereinbart zwei Jahre

Der Autozulieferer Mahle hatte Ende April nach einem Gewinneinbruch ein umfassendes Sparprogramm und den Abbau von zehn Prozent der gut 49 000 Stellen im Konzern angekündigt, davon 9 000 in Deutschland. Davon betroffen ist auch das Werk in Alzenau mit mehr als 420 Mitarbeitern, das noch in diesem Sommer geschlossen werden sollte. Die Belegschaft hat zwei Monate dagegen gekämpft – und das, was dabei herauskam, schätzt die IGM ganz anders ein als die Gewerkschaftslinke. Deshalb dokumentieren wir einen Artikel aus dem neuesten Netzwerk Info.

Seit nunmehr zwei Monaten kämpfte die Belegschaft des Werkes gegen die Schließung, die für Ende Juni geplant ist. Es ist ihr wirklich gelungen, die ganze Region zu mobilisieren. Vor dem Werkstor stand eine Mahnwache, bei der täglich Delegationen von anderen Betrieben oder lokalen Vereinen, EinwohnerInnen der umliegenden

Im Moment läuft viel schief bei den Arbeitsvisa. Zuallererst: Die Leute werden von den Arbeitgebern selbst rekrutiert. Das bedeutet ein System von Korruption und Anwerbung in den Herkunftsländern. Die Menschen müssen Abfindungen bezahlen, um Arbeitsvisa zu bekommen. Die Arbeiter bei »Signal Shipyard« in Pascagoula, Mississippi, haben 20 000 USD pro Visum bezahlt, um in die USA zu kommen. Menschen haben alles, was ihre Familie hatte, verpfändet, damit jemand hierher kommen kann.

Das andere große Problem ist, dass das Visa sind, die eine Aufenthaltsberechtigung an eine Beschäftigung in den USA knüpfen. Das bedeutet: Wenn Du vorhast, Gewerkschaftsmitglied zu werden, oder wenn Du eine Beschwerde über nicht bezahlten Lohn vorbringen willst, kannst Du, wenn Dein Arbeitgeber Dich daraufhin feuert, sofort abgeschoben werden. Die Menschen sind mit dieser Art von Rechtstitel also nicht frei. Dies sind keine Visa, die zu einer permanenten Aufenthaltsberechtigung oder gar einer Staatsbürgerschaft führen, sie beinhalten keinerlei politische Rechte, diese Leute werden niemals wählen oder Sozialleistungen erhalten können. Sie sind weder sozial noch politisch den Menschen, mit denen sie in ihrer jeweiligen Umgebung zusammen leben, gleichgestellt. So haben es die Arbeitgeber gerne. Denn dies ist der Weg, Menschen in billige Arbeit hineinzuzwingen.

Wenn man meint, es sollte volle Rechte für eingewanderte Arbeiter geben, dann kann man diese Arbeitsvisa oder Gastarbeiterprogramme nicht unterstützen. Wenn es jährlich für 400 000 Menschen Arbeit in den USA gibt, warum sollte man diesen Menschen dann nicht Green Cards statt Arbeitsvisa geben?

Außerdem: Was sollte eine gute Gewerkschaft machen, wenn es Arbeitskräftemangel gibt? Wenn ein Unternehmen gerade Schwierigkeiten hat, Arbeiter zu finden, was machst Du dann? Du streikst. Du benutzt dies als einen Weg, den Lohndruck zu erhöhen. Also, warum sind wir schlechte Gewerkschafter?

Warum hat der AFL CIO seine Haltung gegenüber Gastarbeiterprogrammen verändert?

Ich habe den Eindruck, dass es aufgrund der ökonomischen Krise im Moment schwer ist, mit hier geborenen Gewerkschaftsmitgliedern über Einwanderung zu reden. Wie könnte in der Arbeiterbewegung damit umgegangen werden?

David Bacon: Wir können das Recht, dass undokumentierte Menschen arbeiten dürfen, nicht durchsetzen, ohne zu sagen, dass jeder in diesem Lande einen Arbeitsplatz finden können soll. Denn sie kontern uns aus, indem sie sagen, dass es nicht genug Arbeitsplätze gibt. Warum sollte jemand aus Mexiko, der die Grenze ohne ein Visum überschritten hat, einen Arbeitsplatz haben und ich kann keinen bekommen?

Die Antwort auf die Arbeitsplatzkonkurrenz ist für uns nicht, um Brosamen zu kämpfen. Als die Arbeitgeber in der Krise der Betriebsschließungen in den 80er Jahren sagten: »Wir haben das Recht, Fabriken zu schließen, und wir bestimmen, ob es Arbeitsplätze gibt oder nicht«, war unsere Antwort: »Nein, wir haben das Recht auf einen Arbeitsplatz. Und wenn die Privatwirtschaft nicht will oder nicht in der Lage ist, Beschäftigung anzubieten, dann muss es die US-Regierung tun.« Das war es, was der New Deal meinte.

Die Antwort darauf ist also, die US-Regierung zu zwingen, das Recht aller Arbeiter, arbeiten zu können, zu garantieren – und damit gegen so etwas wie den GM-Bankrott, der zur Arbeitslosigkeit zehntausender Arbeiter führt, zu kämpfen. Nicht die Arbeiter ohne Papiere stehlen die Arbeitsplätze dieser 14 Fabriken, die GM schließen wird. GM nimmt diese Arbeitsplätze weg, zusammen mit der Obama-Regierung.

Das Kongressmitglied Sheila Jackson Lee aus Houston sagt, dass es eine gemeinsame Basis gibt. Sie zeichnet für eine Gesetzesvorlage, die eine Amnestie für Menschen, die ohne Papiere hier sind, vorsieht und in der argumentiert wird: Die Gebühren, die diese Menschen für die Normalisierung ihres Aufenthaltsstatus leisten würden, sollen dazu benutzt werden, Arbeitsplätze zu schaffen und Qualifikations-Maßnahmen in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit durchzuführen.

David Bacon: Der AFL CIO hat jetzt einer Position zugestimmt, die sehr nah an der von *Change to Win*, im Besonderen der SEIU, liegt. Man könnte sagen, dass dies der Preis der Einheit ist. Aber der Grund, den Gewerkschaftsvertreter dafür immer angegeben haben, ist, dass dies nur politischer Realismus ist. Dass wir nicht in der Lage sind, irgendeine Art von Einwanderungsreform ohne die Unterstützung der Arbeitgeber durchzusetzen, und die Arbeitgeber werden keine Reformvorschläge unterstützen, die keine Gastarbeiter beinhalten. Das ist die Kapitulation vor dieser Logik.

Und die Antwort darauf ist, dass wir nur das bekommen, wozu wir fähig und willens sind zu kämpfen. Und wir müssen für das kämpfen, was wir wirklich wollen, nicht für das, von dem wir annehmen, dass es uns die Unternehmen geben werden. Wenn wir uns in Tarifverhandlungen begeben, beginnen wir nicht damit, den Arbeitgebern das anzubieten, von dem wir Ihre Zustimmung erwarten. Wir kämpfen dafür, was wir brauchen. Das ist genau das, was auch hier passiert – wenn wir eine Einwanderungsreform auf der Grundlage von Menschenrechten wollen.

Wenn wir zugleich für Arbeitsplatzprogramme wie für einen legalen Status und Rechte von ArbeitsmigrantInnen kämpfen, können wir auch ein Programm auflegen, von dem arbeitslose afroamerikanische, asiatische oder Latino-Arbeiter genau so profitieren können.

Das Gleiche gilt für die Debatte über das Arbeitsrecht. Als der Arbeitgeber und die Einwanderungs- und Zollbehörde – das war die Lehre bei Smithfield Foods – ihre Razzien unter den Beschäftigten starteten, als diese versuchten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, litt jeder in der Fabrik. Nicht nur die Arbeiter, die herausgepickt wurden, nicht nur die Einwanderer. Auch die schwarzen Arbeiter bei Smithfield waren betroffen, denn solange sie die Beschäftigten terrorisieren konnten, konnten sie auch den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen erfolgreich verhindern. Nur wenn die Arbeiter zueinander sagen können: »Jeder in dieser Fabrik hat ein Recht, hier zu sein,« dann sind sie dazu in der Lage, genug Stärke aufzubauen, letztlich sogar das Unternehmen in die Knie zwingen zu können.

Aber wenn wir sagen, dass es nicht genug Arbeitsplätze für alle gibt, einige Menschen das Recht haben, Brot auf den Tisch zu bringen, und andere hungrig bleiben sollen, helfen wir damit nur unseren Arbeitgebern, indem wir uns gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Wie lassen sich die Gewerkschaften dazu bringen, beim Thema Einwanderung das Richtige zu tun?

David Bacon: Wir müssen für eine vernünftige Einwanderungspolitik sorgen, die berücksichtigt, was wirklich mit uns passiert. Die 254 Entlassenen bei »Overhill Farms« in Los Angeles wurden anschließend durch Teilzeitbeschäftigte ohne Sozialleistungen ersetzt. Es ist sinnlos für uns, im US-Kongress ein Gesetz zu unterstützen, das eine »sichere und effektive Kontrolle der Arbeitserlaubnis« fordert, während die Politik Arbeitgebern so etwas erlaubt. Wir betreiben damit Lobbyarbeit für genau das, was gegen uns eingesetzt wird!

Wir brauchen einen Realitäts-Check und eine Position zur Einwanderung, die *uns* hilft, nicht unseren Arbeitgebern. Und wir müssen nach dem suchen, was uns verbindet.

Übersetzung: Jörg Waschatz, Kirsten Huckenbeck, Nadja Rakowitz

Mahle Alzenau

»Kurzarbeit Null«

Orte Kuchen und Geldspenden vorbeibrachten. Höhepunkte waren der Ostermarsch mit 1 000 Beteiligten und eine Demonstration mit 3 000 Teilnehmenden am 18. April.

Aber der Blick der Alzenauer Mahle-Beschäftigten ging auch über die Region hinaus: Am 13. Mai besuchte ein Auto-Korso das Werk in Colmar/Frankreich, am 23. April hatte es einen konzernweiten Aktionstag gegeben. Zwei Monate höchstes Engagement der Belegschaft, aber was konnte sie bewegen?

Seit kurzem verbreitet die IG Metall Aschaffenburg und Bayern, dass Alzenau gerettet wäre. Seit dem 28. Mai erst recht. Das ist aber Unsinn: Die Produktion wird nämlich im Juli auf Null heruntergefahren, dann dürfen die Beschäftigten zwei Jahre kurzarbeiten auf Null. Ein Projektteam soll nach neuen Produkten suchen, die »kostengünstig« dort gefertigt werden können. Sollte es überhaupt Produkte finden, dann wird die Geschäftsführung immer einen Standort finden, an dem diese billiger herzustellen sind. Wenn Konzernchef Junker gewollt hätte, hätte auch die Produktion des Turboladers, ein völlig neues Produkt im Konzern, nach Alzenau vergeben werden können. Es wäre die Aufgabe der IGM, diesen Betrug an der Arbeitsagentur, der Öffentlichkeit und der Belegschaft aufzudecken. Stattdessen verbreitet sie ihn mit Lobgesängen.

Aber auch schon Mitte Mai, als noch nichts sicher war, als die Belegschaft zwei Tage in der Werkskantine tagte, teilweise in der Fabrik übernachtete und von der Konzern-Zentrale mit Kündigung wegen »Wildem Streik« bedroht wurde, verbreitete die IG Metall das Märchen von der Rettung. Die Belegschaft konnte sie damit nicht täuschen – wohl aber die Öffentlichkeit und viele, die solidarisch zum Kampf der Alzenauer standen.

Es wäre die Aufgabe der IG Metall gewesen, die Solidarität überall zu organisieren, nicht sie zu untergraben!

In Zeiten der Krise sind die Menschen verunsichert. Solange Hoffnung besteht, halten sich die meisten bedeckt. Gerade Leute und Belegschaften, die keine Kampferfahrung haben, haben gezögert, sich voll mit den Alzenauern zu solidarisieren. Es wäre keine Kunst gewesen, mit nur zwei oder drei weiteren Werken, den Konzern – trotz Krise – in massive Lieferschwierigkeiten zu bringen. Die spanischen KollegInnen aus Vila Nova haben dies mit einem zweiwöchigen Streik bewiesen.

Es muss auch die Frage aufgeworfen werden, wie die Bürokratie eine Besetzung verhindern konnte. Sie arbeitete mit Tricks, Täuschung, nutzte die politische Unerfahrenheit der Beschäftigten, bestehende Spaltungslinien z.B. von Jung und Alt oder einfach die Ängste der ArbeiterInnen aus. Der Vorsitzende der IG Metall in Bayern wollte um jeden Preis eine Besetzung verhindern. Er drohte den KollegInnen und betrieb Angstmacherei. Er sprach von Hundertschaften Polizei, die schon bereit stünden und davon, dass sich alle Beteiligten zu Kriminellen machen würden. Er beschuldigte die Leute, Maschinen zerstören zu wollen, obwohl keiner das verlangt hatte. Der Begriff »Besetzung« wurde zum Tabu erklärt.

Aktive Gewerkschafter sollten aus diesen Erfahrungen folgendes lernen: Eine Welle von Betriebsbesetzungen wäre eine richtige Antwort auf die Krise der Kapitalisten, wäre besser, als sich einzeln abschlachten zu lassen!

(Quelle: Netzwerk-Info Gewerkschaftslinke, Nr. 22, Juni 2009)

Die Dynamik der globalen Krise

In Erinnerung an Giovanni Arrighi (1937-2009) – von Christian Frings*

Christian Frings berichtet über eine Konferenz zur Dynamik der globalen Krise, die vom 25. bis 29. Mai in Madrid stattfand und erinnert dabei zugleich an den kürzlich verstorbenen Historiker Giovanni Arrighi, der Mitorganisator und spiritus mentor dieser Konferenz war.

»Die *wahre* Schranke der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*« (Marx) – dies sei eines der Lieblingszitate von Giovanni Arrighi gewesen, berichtete einer seiner Schüler auf der Konferenz in Madrid. Im Zentrum der Vorträge und Diskussionen stand die Frage nach der welthistorischen Bedeutung der aktuellen Krise und den Perspektiven der globalen Kämpfe gegen den Kapitalismus als Weltsystem. Unter dem Titel *Dinámica de la crisis global, movimientos antisistémicos y nuevos modelos de la hegemonía* (Dynamik der globalen Krise, antisystemische Bewegungen und neue Modelle der Hegemonie) hatte die Veranstaltungsgruppe *Universidad Nómada* (www.universidadnomada.net) eingeladen und eine anspruchsvolle Debatte über die jetzt so akute Frage nach dem Anfang und vor allem dem Ende des historischen Kapitalismus organisiert.

Im Zentrum der Diskussion stand das Lebenswerk von Giovanni Arrighi, der seit den sechziger Jahren durch seine Forschungstätigkeit in Afrika, Italien und den USA viel zum Verständnis des kapitalistischen Weltsystems und der in ihm enthaltenen systemkritischen Kräfte beigetragen hat. In seinem theoretischen Hauptwerk »The Long Twentieth Century« (1994) und der daran anschließenden kollektiven Arbeit »Chaos and Governance in the Modern World System« (1999)[1] entwickelte er aus dem historischen Vergleich der großen Entwicklungsschübe des Kapitalismus in den letzten 600 Jahren ein zyklisches Muster, das uns den Krisenverlauf der letzten vierzig Jahre und damit auch den Charakter der gegenwärtigen Krise sehr viel präziser einordnen lässt. Während kurzfristige Betrachtungen in den Erscheinungen, die als »Neoliberalismus« oder »Globalisierung« bezeichnet werden, völlig neue Merkmale des Kapitalismus oder sogar einen neuen Kapitalismus ausmachen wollten, zeigt Arrighis Blick auf die gesamte Lebensspanne des historischen Kapitalismus, dass hier und heute in erweiterter und totalisierter Form auftritt, was auch frühere Zyklen der Expansion kennzeichnete. In jedem dieser Schübe im 16., 17., 19. und schließlich noch einmal im 20. Jahrhundert findet zunächst unter der Führung einer hegemonialen Weltmacht eine Expansion der materiellen Produktion statt, die in einer Überakkumulationskrise endet. Dies ist aber keineswegs das Ende des Zyklus, sondern diese erste »Signalkrise« führt zu einer Verschiebung der Kapitalverwertung in den finanziellen Sektor. Die folgenden vierzig bis fünfzig Jahre andauernden Phasen der Finanzialisierung stärken zunächst die existierende Hegemonialmacht, aber ihre Vormachtstellung, die auf einer überlegenen Produktionsweise und dem damit gegebenen militärischen Vorsprung beruht, geht schleichend verloren. Zur endgültigen Krise der Hegemonialmacht und damit zunächst des gesamten kapitalistischen Systems kommt es, wenn der Boom der Finanzialisierung durch seinen zunehmend spekulativen Charakter zum ökonomischen Crash führt. Was dann bisher immer folgte, war keineswegs eine zügige Neuordnung der Welt durch eine neue Macht, sondern eine lang andauernde Phase blutiger Wirren, aber auch heftiger sozialer Auseinandersetzungen. Denn die Stabilität, genauer gesagt überhaupt die Möglichkeit der expansiven Entwicklungsphasen erforderte soziale Blöcke oder Sozialpakte, in die ein Teil der Ausgebeuteten eingebunden werden konnte, um sie von Revolte und Unruhe abzuhalten.

Neben den strukturellen und scheinbar rein objektiven Fragen der systemischen Zyklen des Kapitals hat sich Arrighi immer mit der Frage beschäftigt, wie sich die Kämpfe der Ausgebeuteten und Subalternen in diesen Zyklen entwickeln und sie beeinflussen und wie sich die Macht von unten langfristig entwickelt. In den 1970er und 80er Jahren hat er dazu Thesen entwickelt, die schließlich zu einem breit angelegten Forschungsprojekt über die weltweiten Klassenkämpfe führten. Vor allem seine Lebensgefährtin Beverly Silver hat dieses Projekt in den neunziger Jahren fortgeführt und die Resultate in ihrem Buch »Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870« (2003/2005) dargestellt und theoretisch eingeordnet. Den Dualismus von objektivistischer und subjektivistischer Betrachtung, von Struktur und Tätigkeit, versuchen Arrighi und Silver auf historische Weise zu durchbrechen – oder wie Marx, dessen Grundidee sie hier folgen, gesagt hätte, auf die einzig mögliche, nämlich eine revolutionäre Weise. Solange Kapitalismus existiert, seien Strukturen, obwohl Resultate menschlichen Handelns, übermächtig. Aber auch die Strukturen haben eine Geschichte, müssen sich durch das historische Handeln hindurch reproduzieren – und das geschieht nicht ruhig und linear, wie in ökonomischen Gleichgewichtsmodellen suggeriert, sondern durch zyklische Umbrüche hindurch und in sozialen Prozessen. Und das spezifisch kapitalistische der Strukturen besteht eben darin, dass sie sich für ihre Reproduktion ständig ausweiten müssen.

Schon früh fällt Arrighi eine Paradoxie im marxistischen Diskurs auf: Der Akkumulationsprozess des Kapitals ist mit der zunehmenden Unterordnung der lebendigen Arbeit unter das Kommando des Kapitals verbunden, mit einer »reellen Subsumtion«, die auf Dequalifizierung und übermächtig werdender Maschinerie beruhe. Aber gerade in den Teilen der Welt, in denen dieser Prozess am erfolgreichsten war, konnten die Arbeiterklassen ihre Machtposition gegenüber dem Kapital stärken und deutliche Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Marx selbst, so wäre hier zu ergänzen, war vielleicht zu sehr geblendet von den zunächst desaströsen Folgen der ersten industriellen Revolution für die Lage der Arbeiten-den, so dass er diesen Zusammenhang so nicht sah oder sehen konnte.

Arrighi führt eine wichtige Differenzierung ein: Die reelle Subsumtion schwächt die Position des einzelnen Arbeitskraftanbieters auf dem Arbeitsmarkt und in der Produktion, aber derselbe Akkumulationsprozess steigert das kollektive Störpotential. Die zunehmende Maschinisierung und die Ausweitung der innerbetrieblichen wie gesellschaftlichen Arbeitsteilung machen das Kapital in höherem Maße von der Kooperationsbereitschaft der noch so dequalifizierten Arbeitskraft abhängig.[2] Zurückübersetzt in die abstrakten Kategorien von Struktur und Handeln bedeutet dies, dass in der Struktur historisch eine Dynamik angelegt ist, die den Wirkungskreis des gezielten und bewussten Handelns ausweitet. Giovanni Arrighi hat solche philosophisch klingenden Zuspitzungen immer sorgsam vermieden. »You have to proof it!«, war sein Leitspruch und zum Beispiel sein Haupteinwand gegen die bei Hardt/Negri ins Kraut schießenden Metaphern, die sich um historisch-empirische Überprüfung schon gar nicht mehr kümmern.[3] Aber in Diskussionen – das hat auch die Konferenz in Madrid gezeigt – tauchen diese Fragen immer wieder auf. Es ist daher wichtig zu sehen, wie akribische historische Gesellschaftsforschung gerade zu diesen Fragen mehr beizutragen hat als wilde philosophische Spekulation.

Auf der Konferenz hätte Giovanni Arrighi, der den heftigen theoretischen Streit in aller Freundschaft liebte, einer der Hauptredner sein sollen, und viele der Panels waren auf seine Thesen bezogen, die kritisch beleuchtet und mit ihm diskutiert werden sollten. Allerdings war im Sommer 2008 bei Arrighi ein schon weit fortgeschrittenes Krebsleiden festgestellt worden, von dem er sich aber durch die medizinische Behandlung so weit erholt hatte, dass er seine Teilnahme zugesagt und zusammen mit den Organisatoren politische Freunde wie John Saul, Samir Amin, Walden Bello, Perry Anderson, Robert Brenner oder David Harvey[4] sowie einige seiner ehemaligen StudentInnen eingeladen hatte. Wenige Tage vor der Konferenz erlitt er einen Rückfall und musste ins Krankenhaus. Einen Teil der Konferenz konnte er über das Internet verfolgen, war aber schon zu geschwächt, um in die Diskussionen dort einzugreifen. Am 18. Juni ist Giovanni Arrighi zu Hause in Baltimore gestorben.

Der besondere Reichtum und anregende Charakter der Konferenz in Madrid bestand darin, dass nicht nur einige der bedeutendsten marxistischen Theoretiker der kapitalistischen Krise wie Robert Brenner oder Samir Amin teilnahmen und oft sehr kontrovers diskutierten, sondern dass auch Forscher aus allen drei Kontinenten des globalen Südens – aus Afrika (u.a. Siba N. Grovogui, Gillian Hart, John Saul), Lateinamerika (u.a. Roberto Korzeniewicz, Theotonio Dos Santos) und Asien, vor allem Indien und China (u.a. Walden Bello, Ravi Sundaram, Ravi Arvind Palat, Ho-fung Hung, Lu Aiguo, Takeshi Hamashita) – ihre Positionen einbrachten und aus der Perspektive ihrer Regionen einen allzu westlichen oder eurozentrischen Blick immer wieder korrigierten. Die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen und die Art der Debatte verkörperten, was immer ein Hauptanliegen von Arrighi war: auf den Kapitalismus als ein globales System zu blicken und in der Analyse der Kapital- und Klassenverhältnisse nie den *geographischen* Aspekt, nämlich das extreme *Nord-Süd-Gefälle* in diesem System aus den Augen zu verlieren.

Damit verbunden ist sofort ein zweites Wesensmerkmal des globalen Kapitalismus, der in zu sehr am Westen orientierten marxistischen Theorien oft unterschlagen wird: die enorme Bedeutung der Gewalt in der Geschichte und Gegenwart dieses Systems. Im »Kapital« hält Marx ökonomistischen Vorstellungen entgegen, dass die Gewalt selbst eine »ökonomische Potenz« sei: »In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle.«[5] Aber es klingt hier so, und Marx hat das nahegelegt, als gehöre die zentrale Rolle der Gewalt einer grauen Vorzeit der kapitalistischen Entwicklung, einer längst abgeschlossenen Phase der so genannten »ursprünglichen Akkumulation« an.

Arrighi spottete über die Formulierung im »Kommunistischen Manifest«, »die wohlfei-

Entlassungen nach Kurzarbeit

Kampf bei Federal Mogul trotzdem notwendig

Im Mai diesen Jahres gab es einen kurzen Streik bei der Wiesbadener Niederlassung des Automobilzulieferers Federal Mogul. In Zeiten von Just-in-time-Produktion langten wenige Tage, um den Konzern an den Verhandlungstisch zu zwingen. Was herauskam, berichtet Jakob Schäfer. Wir dokumentieren seinen Text aus dem neuen Netzwerk-Info der Gewerkschaftslinken.

Die KollegInnen vom Gleitlagerwerk Federal Mogul in Wiesbaden haben mit ihrem Streik Anfang Mai längst nicht alles erreicht, was sie wollten, aber ohne Kampf hätte es eine schwere Niederlage gegeben. Die Kampfführung war vorbildlich, aber es wurden auch klar die Grenzen aufgezeigt, wenn eine Belegschaft in Zeiten allgemeiner Überkapazitäten alleine kämpft.

Der Konzern wollte von den 1 600 Beschäftigten 436 entlassen, und mit Sicherheit wäre das noch nicht das Ende der Fahnenstange gewesen (der Auftragseinbruch bei diesem Zulieferer der Automobilindustrie beträgt zwischen 40 und 50 Prozent). Als die Geschäftsleitung angekündigt hatte, die Kurzarbeit absetzen zu wollen und statt dessen 436 Menschen auf die Straße zu setzen, mobilisierten Betriebsrat und Vertrauenskörper die Belegschaft mit der Parole: »Kurzarbeit statt Entlassungen«. Auf dieser Schiene hat der Betriebsrat beim Arbeitsgericht ein wenig Zeit rausgeschunden, die für Mobilisierung genutzt werden konnte. Aber an der Grundsatzentscheidung des Konzerns konnte damit nicht gerüttelt werden. Es blieb nur der Weg, über Verhandlungen für einen Sozialtarifvertrag den Preis für die Entlassungen hochzuschrauben, so dass es möglichst wenige KollegInnen trifft und sie eine bessere Absicherung bekommen.

Die Verhandlungsführung der Gewerkschaft war dann maßgeblich von der starken Gruppe in der Betriebsratsspitze, dem Vertrauenskörper und der inzwischen gut mobilisierten Belegschaft bestimmt, so dass zum rechten Zeitpunkt die Gespräche als gescheitert erklärt werden konnten und am 4. Mai die Urabstimmung durchgeführt wurde. 99 Prozent der Anwesenden beteiligten sich und stimmten mit 94 Prozent für Streik. Gestreikt wurde dann vom 6.-8. Mai und nach dem Wochenende wieder am 12. Mai. Die Geschäftsleitung geriet aufgrund des Lieferengpasses (just-in-time-Produktion) unter Druck und musste am 12. Mai wesentliche Zugeständnisse machen. Gleichzeitig aber drohte die Streiksituation zu kippen, weil die Geschäftsleitung die Namensliste der »zu Entlassenden« streuen wollte. Die Belegschaft spürte in diesem Moment, dass sie – trotz der guten Unterstützung durch das Solidaritätskomitee – im Grunde allein da stand. Es gab keinen gemeinsamen

len Preise ihrer Waren« seien »die schwere Artillerie, mit der sie (die Bourgeoisie) alle chinesischen Mauern in den Grund schießt«.[6] Gerade gegenüber China waren es keineswegs Dumpingpreise, sondern die blutig geführten Opiumkriege, die das Land in die kapitalistische Weltökonomie hineinzwangen. In letzter Zeiten haben vor allem Marxisten wie David Harvey daran erinnert, dass die gewaltsamen Prozesse der Enteignung und Versklavung ein fortbestehendes Merkmal des globalen Kapitalismus sind.[7] Auf der Konferenz wurde mehrfach hervorgehoben, dass Arrighi durch seine Theorien den engen Zusammenhang zwischen Ökonomie und staatlicher Gewalt, zwischen Geld und Militär in den Vordergrund gerückt hat. Je weiter wir uns auf der Nord-Süd-Achse des Reichtumsgefälles nach Süden bewegen, desto brachialer schlägt der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse« wieder in nackte Gewalt um.

Diese geographische Spaltung der Welt, die in den letzten fünfzig Jahren trotz aller Entwicklungsversprechungen nichts von ihrer Dramatik verloren hat,[8] macht es so schwer, sich einen globalen revolutionären Prozess oder eine globale Arbeiterklasse vorzustellen – was heute vor dem Hintergrund der aktuellen Krise auf der Tagesordnung steht. Seit der Herausbildung des modernen Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert zerfiel die Geschichte des proletarischen Widerstandes in zwei Stränge, die sich nicht mehr zusammenbringen ließen: die moderne westliche Arbeiterbewegung und *black power*, den Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus im globalen Süden.[9] Giovanni Arrighi war schon früh mit beiden Welten in Kontakt gekommen: mit *black power* während seiner Lehrtätigkeit im damaligen Rhodesien (heute Simbabwe und Sambia) und in Tansania in den sechziger Jahren, mit der Arbeiterbewegung in den Metropolen während der siebziger Jahre in Italien zur Hochzeit der militanten Fabrikkämpfe. In der Einleitung zu »Adam Smith in Beijing« erinnert er daran, dass die Wiederentdeckung des Marxismus und einer radikalen Kritik des Produktionsprozesses in den sechziger Jahren sofort mit einer Spaltung der linken Bewegung entlang dieser beiden historischen Stränge des Antikapitalismus verbunden war: dem Bezug auf die militanten Arbeiterkämpfe in den Metropolen und der antiimperialistischen Orientierung an den Befreiungsbewegungen im Süden.

Giovanni Arrighi hat diesen scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz immer als eine Schwäche und einen Stachel in jeder kritischen Gesellschaftstheorie begriffen. Eine wichtige Weiterentwicklung der von vielen als zu strukturalistisch und funktionalistisch abgelehnten Weltsystemtheorie, wie sie von Immanuel Wallerstein entwickelt wurde, besteht daher in Arrighis Versuch, die Dynamik von Klassenkämpfen und sozialer Unruhe mit dem zyklischen Verlauf der kapitalistischen Expansion in den letzten sechshundert Jahren zu verbinden – etwas zugespitzt ließe sich sagen, dass er einen operaistischen Flügel der Weltsystemtheorie begründet hat. Dabei verbietet er sich in der Theorie jeden sentimentalen Kurzschluss, der mit dem bloßen Appell an einen Arbeiterinternationalismus meint, die wirklichen und empirisch zu untersuchenden Probleme dieses gespaltenen Weltsystems überwinden zu können. Das erklärt auch sein zunehmendes Interesse an Asien und insbesondere China, weil der beispiellose Aufstieg Chinas zum globalen Produktionszentrum eine völlig neue Situation in diesem Weltsystem herbeiführen könnte.

Natürlich wurde auf der Konferenz auch die Frage aufgeworfen, ob Arrighi in »Adam Smith in Beijing« nicht ein zu optimistisches Bild der damit gegebenen Möglichkeiten zeichnet. In einem sehr informativen und durchdachten Beitrag wies Ho-fung Hung, ein ehemaliger Schüler Arrighis, auf die besonderen Merkmale der chinesischen Expansion und das damit verbundene widersprüchlich-symbiotische Verhältnis zwischen China und den USA hin.[10] Die aktuellen Versuche des chinesischen Regimes, die Krise mit dem, gemessen am Sozialprodukt, größten Konjunkturpaket aller Länder zu überwinden, sieht er zum Scheitern verurteilt. Statt massiv den privaten Konsum zu fördern, dessen Anteil am Sozialprodukt in den letzten zwanzig Boomjahren drastisch gefallen ist, fließe das meiste Geld in den weiteren Aufbau von industriellen Kapazitäten. Die Absurdität brachte er auf die knappe Formel: Hier wird das Problem gigantischer Überkapazitäten mit dem Aufbau weiterer Überkapazitäten bekämpft. Letztlich sei es immer noch die Hoffnung, die Nachfrage aus den USA werde sich wieder beleben und die exportgestützte chinesische Akkumulation weitertreiben. Er sieht daher, wie mittlerweile viele Ökonomen, den Verlauf einer *double-dip-recession* voraus, d.h. nach kurzen, von den Konjunkturprogrammen gespeisten Strohfeuern wird es zum um so tieferen Crash kommen. Ob sich dann die Millionen Bauern und WanderarbeiterInnen in ihren Kämpfen gegen das globale Kapital und die chinesische Staatsmacht durchsetzen können, oder das Regime zu noch härterer, tendenziell faschistoider Repression übergehen wird, hält Hung für eine noch ganz offene Frage.

In der Debatte erinnerte Thomas Reifer, auch ein ehemaliger Student von Arrighi, der an »Chaos and Governance« mitgearbeitet hat, daran, dass in hegemonialen Übergangsphasen die Klassenunruhen eine völlig Umkehrung der Koordinaten herbeiführen können. Ende des 19. Jahrhunderts standen die USA für einen äußert brutale Unterdrückung von gewerkschaftlichen Kämpfen – er wies auf das im kollektiven Gedächtnis der US-amerikanischen Arbeiterbewegung tief verwurzelte Beispiel des Homestead-Streiks bei Carnegie Steel 1892 hin, bei dem Hunderte von Pinkerton-Agenten die Streikenden zusammengeschossen und die Gewerkschaft zerstört hatten. Wer, so Reifer, hätte sich angesichts dieser Haltung vorstellen können, dass ausgerechnet die USA nach dem Zweiten Weltkrieg als weltweiter Fürsprecher gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit und keynesianistischer Wirtschaftspolitik auftreten würden? Erst die massiven Arbeiterkämpfe Mitte der dreißiger Jahre, die überraschenderweise trotz der andauernden Wirtschaftskrise erfolgreich waren, zwangen den Herrschenden der USA diesen Kurswechsel auf, der prägend für den neuen globalen Zyklus kapitalistischer Akkumulation wurde. Der Aufstieg Chinas – und das habe Giovanni Arrighi immer mitgedacht – könne daher nicht unabhängig von den sich dort entfaltenden Massenkämpfen beurteilt werden.

Es konnten hier nur einige der Fragen und Schwerpunkte von fünf Tagen intensiver Diskussion in Madrid angeschnitten werden. Die veranstaltende Universidad Nómada hat angekündigt, die Beiträge in einer spanischen und einer englischen Publikation zu veröffentlichen. Einer der Hauptorganisatoren, Carlos Prieto del Campo, gibt beim akal-Verlag in Madrid die anspruchsvolle Reihe »Cuestiones de antagonismo« heraus, in der schon die spanischen Übersetzungen von »The Long Twentieth Century«, »Chaos and Governance« und »Adam Smith in Beijing« und auch von Beverly Silvers »Forces of Labor« erschienen sind. Mit der weiteren Entfaltung der globalen Krise, an deren Anfang wir erst stehen, wird sich zeigen, wie wichtig der theoretische und politische Beitrag ist, den Giovanni Arrighi zu deren Verständnis und den Perspektiven menschlicher Emanzipation geleistet hat.

** Christian Frings hat an der Übersetzung von »Forces of Labor« von Beverly Silver mitgearbeitet und schrieb zuletzt im* express *6-7/2008 über das Buch von Kim Moody »US Labor in Trouble and Transition«.*

Anmerkungen:

1) *Beide Bücher und die Vorstudie »The Geometry of Imperialism« (1978) liegen bisher nicht in deutscher Übersetzung vor. Sein letztes Buch »Adam Smith in Beijing« erschien 2008 auf Deutsch im VSA-Verlag und enthält in den Teilen, die sich kritisch mit den Theorien von David Harvey und Robert Brenner auseinandersetzen, Zusammenfassungen seiner Thesen. Eine knappe Darstellung seiner Zyklen-Theorie bietet der zusammen mit Jason Moore verfasste Aufsatz: »Kapitalismus in welthistorischer Sicht«, in: Das Argument, Nr. 239, 2001. Arrighi selber bezeichnete die drei Bücher »The Long Twentieth Century«, »Chaos and Governance ...« und »Adam Smith in Beijing« als eine »Trilogie«, die zusammengenommen seine Theorie des Weltkapitalismus enthalten.*
2) *Auf Deutsch finden sich diese Überlegungen in Arrighis Beitrag in dem Band: Samir Amin, Giovanni Arrighi,*

Fortsetzung auf Seite 14 oben

Kampf der Beschäftigten in der Automobilindustrie (was von der IG Metall hätte organisiert werden müssen). Der Vertrauenskörper bekam das Schlottern und erwartete von der Verhandlungsführung lieber einen Kompromiss, als mit dem befürchteten Zusammenbruch des Streiks eine komplette Niederlage zu kassieren.

Heraus kam eine Kombination von zwei Programmen, die mit verbesserten Abfindungen (Qualifizierung) zum einen 80 KollegInnen im Alter von über 50 zum gleitenden Übergang bewegen soll und zum anderen 120 KollegInnen mit Entlassungen direkt treffen wird. Am Stichtag (15. Juni) hatten sich aber nur 23 ältere KollegInnen gefunden, die das entsprechende Angebot annehmen wollen, so dass es faktisch mehr als 120 Entlassungen geben wird.

Mindestens zwei Lehren liegen auf der Hand:

Erstens hat sich trotz der jetzt zu erwartenden Entlassungen der Kampf gelohnt, weil weniger Menschen betroffen sind und weil wichtige Kampferfahrungen gesammelt wurden (die Produktion kam vollständig zum Erliegen, die Tore wurden blockiert, Streikbrecher abgehalten, ein Solidaritätskomitee gebildet, ein Familienfest am Tor organisiert usw.).

Zweitens ist klar, dass in einer Situation der allgemeinen Krise und besonders der Überkapazitäten in der Automobilindustrie eine einzelne Belegschaft in einer solchen Frage keine wirkliche Kampfperspektive hat. Es gibt auf diese Herausforderung nur eine einzige in sich schlüssige Antwort: Die Gewerkschaft muss unverzüglich einen breiten Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich ansteuern. Ein solcher Kampf hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die KollegInnen davon überzeugt sind, dass die Gewerkschaft keine faulen Kompromisse eingeht, dass also keine Abstriche beim Einkommen erfolgen und dass die Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten erfolgt, so dass sie sich tatsächlich arbeitsplatzsichernd auswirkt. Parallel dazu muss eine breite Bewegung für die Umstellung der Produktion auf umweltschonende Verkehrsmittel und andere sinnvolle Investitionen aufgebaut werden.

Da diese beiden Achsen von der heutigen IGM-Führung nicht zu erwarten sind, muss die Bewegung von unten aufgebaut werden, und zwar so stark, dass auch die offiziellen Gremien nicht mehr daran vorbeikommen. Wir haben also viel zu tun.

Jakob Schäfer (Forum Gewerkschaftliche Gegenmacht, Wiesbaden)

(Quelle: Netzwerk-Info Gewerkschaftslinke, Nr. 22, Juni 2009)

Anmerkung der Redaktion:

Ganz ohne Solidarität der Beschäftigten aus der Automobilindustrie standen die Kollegen von Federal Mogul allerdings nicht da: Am 12. Mai bekamen die Streikenden Besuch aus Stuttgart von den Daimler-Betriebsräten von der Alternative, Michael Clauss und André Halfenberg, die solidarische Grüße der Belegschaft im Werk Stuttgart-Untertürkheim überbrachten. Mit ihrem Besuch wollten sie den Kollegen in Wiesbaden nicht nur den Rücken stärken, sondern auch mit den Behauptungen der Geschäftsleitungen beider Werke aufräumen. Die Belegschaft im Stuttgarter Motorenwerk stehe definitiv hinter dem Streik, versicherte der Betriebsrat.

Fortsetzung von Seite 13 oben

Andre Gunder Frank und Immanuel Wallerstein: »Dynamik der globalen Krise«, Opladen 1986, oder in »Der Klassenkampf in Westeuropa im 20. Jahrhundert«, in: Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye (Hrsg.): »Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie«, Reinbek 1981. Eine erste historisch-vergleichende Überprüfung dieser Thesen und Anstoß für das kollektive Forschungsprojekt am Fernand-Braudel-Institut in Binghamton ist: Giovanni Arrighi und Beverly Silver: »Labor Movements and Capital Migration: The United States and Western Europe in World Historical Perspective«, in: C. Bergquist (Hg.): »Labor in the Capitalist World-Economy«, Beverly Hills 1984 (www.wildcat-www.de/dossiers/forcesoflabor/Labor_Movements_and_Capital_Migration_1984.htm). Stichwortgeber ist hier unverkennbar, wie Arrighi in der Einleitung von »Adam Smith in Beijing« hervorhebt, der Mitbegründer des italienischen Operaismus Mario Tronti, der im Nachwort zur zweiten Auflage seines Buchs »Arbeiter und Kapital« (1971) unter der Überschrift »Marx in Detroit« darauf hingewiesen hatte, dass sich die Thesen von Marx nicht im ideologisch so »marxistisch« geprägten Westeuropa, sondern in den scheinbar völlig entpolitisierten Klassenkämpfen der USA bewahrheitet hatten.

3) *Siehe »Entwicklungslinien des Empire. Giovanni Arrighis kritische Anmerkungen zu »Empire« von Michael Hardt/Toni Negri, in: Thomas Atzert und Jost Müller (Hrsg.): »Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire«, Berlin 2003*

4) *David Harvey, der kurzfristig seine Teilnahme an der Konferenz absagen musste, hatte im Frühjahr ein ausführliches Interview mit Giovanni Arrighi geführt, das unter dem Titel »The Winding Paths of Capital« in der New Left Review, Nr. 56, März-April 2009, erschien. Eine deutsche Übersetzung wird im Herbst im VSA-Verlag erscheinen. Im Interview schildert Arrighi die Etappen seiner persönlichen und theoretischen Entwicklung und seine Kernthesen, die hier nur sehr grob und ausschnitthaft skizziert wurden.*

5) *Karl Marx: »Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie«, Bd. 1, MEW 23, Berlin 1989, S. 742*

6) *Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: »Manifest der Kommunistischen Partei«, MEW 4, Berlin 1972, S. 466*

7) *Siehe z.B. David Harvey: »Der ›neue‹ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung«, Hamburg: 2003*

8) *Auf der Konferenz referierte dazu der Argentinier Roberto Patricio Korzeniewicz, der viel mit Giovanni Arrighi zusammengearbeitet hat, über seine empirische Forschung zur Ungleichheit. Obwohl es richtig sei, dass die Ungleichheit innerhalb der Länder und auch innerhalb der Metropolen zugenommen habe, so sei der Abstand zwischen den Ländern immer noch für 80 Prozent der globalen Ungleichheit verantwortlich. Daher sei der effektivste Weg der Einkommensverbesserung in der globalen Pyramide nicht der soziale Aufstieg im eigenen Land, sondern die Migration in eins der reicheren Länder, z.B. von Mexiko in die USA.*

9) *Die Geschichte dieser Spaltung und ihre Vorgeschichte im ›revolutionären Atlantik‹ wird eindrucksvoll von Peter Linebaugh und Marcus Rediker in ihrem Buch: »Die vielköpfige Hydra«, Berlin 2008, herausgearbeitet.*

10) *Die wichtigsten Argumente seines Vortrags finden sich in seinem Aufsatz »Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis«, in: Review of International Political Economy, 2008, Vol. 15, No. 2. Ho-fung Hung hat vor allem zu den chinesischen Sozialrevolten im 18. und 19. Jahrhundert geforscht und die enorme Bedeutung dieser Konfliktualität für die verzögerte kapitalistische Entwicklung in China betont, siehe »Agricultural Revolution and Elite Reproduction in Qing China: The Transition to Capitalism Debate Revisited«, in: American Sociological Review, 2008, Vol. 73, No. 4. Im Herbst wird ein von ihm herausgegebener Band zur Bedeutung des Aufstiegs Chinas für den globalen Kapitalismus erscheinen: »China and the Transformation of Global Capitalism«, Baltimore: Johns Hopkins University Press 2009, in dem z.B. Beverly Silver zusammen mit einer ihrer chinesischen Studentinnen über die Klassenverhältnisse und -konflikte in der chinesischen Autoindustrie berichtet.*

Womit wir es zu tun haben

Wolfgang Völker* über André Gorz' kleines radikales Vermächtnis

Gewissermaßen als »Kommentar aus dem Off« hat der Züricher Rotpunkt-Verlag jetzt eine Sammlung von älteren und jüngeren Beiträgen von André Gorz zusammengestellt, die auch als Beitrag zur aktuellen Krise und zur Debatte über alternative Produktion gelesen werden können. Wolfgang Völker stellt sie uns vor.

In dem kleinen Bändchen sind Texte von André Gorz aus den Jahren 1975 bis 2007 versammelt – zwei Gespräche mit ihm und fünf Artikel. Einer aus dem Jahr 1980 stammt aus seinem Buch »Abschied vom Proletariat« und wurde für die vorliegende Sammlung überarbeitet und erweitert. Alle Texte waren schon einmal, meist in französischen Zeitschriften veröffentlicht. Die Texte sind von André Gorz selber ausgewählt und zusammengestellt worden – einige Zeit, bevor er und seine Frau Dorine (»ohne die nichts wäre«, S. 8) sich im September 2007 selbst töteten. Die Texte sind nicht in chronologischer Reihenfolge abgedruckt, sondern zeitlich durcheinander: 2005 – 1992 – 1975 – 1980 – 2007 – 2005. Wer noch nie etwas von André Gorz gelesen hat, findet gerade mit dieser Reihenfolge einen guten Einstieg in sein Nachdenken über den Kapitalismus und die Frage seiner Überwindung. In allen Texten wird nachvollziehbar, wie Gorz' Begriff der kapitalistischen Vergesellschaftung sich – politisch folgenreich – unterscheidet von Traditionen, die das Kapitalverhältnis auf eine Eigentumsfrage reduzieren wollten bzw. reduziert haben. Die Lektüre der Artikel lohnt sich auch im Wissen darum, dass es in den letzten Jahrzehnten in bestimmten Bereichen der kapitalistischen Produktionsweise eine ökologisch orientierte Modernisierung gegeben hat und gibt: Steuer- und Subventionspolitik, Technologieentwicklung, Öko-Bilanzen, Produktkonversion, Marketing etc. Insofern kann das Bändchen auch gut als Kommentar aus dem »off« zu aktuellen Debatten über einen »green new deal«, emanzipatorische »Klimapolitik«, über alternative Technik und Arbeit, über das Verhältnis linker Politik zum so genannten Fortschritt und zur alltäglichen Lebenspraxis gelesen werden. Auch die Frage, wer denn Akteure der Befreiung vom Kapitalismus oder Veränderung des Kapitalismus sein könnten, kommt nicht zu kurz. Insgesamt eine Art Einführung ins Gorz'sche Denken im Originalton.

Leserinnen und Leser finden eingangs Aussagen über die Einflüsse von Sartres Existenzialismus und erfahren, dass »die Frage des Subjekts (...) für mich wie für Sartre, unter folgenden Gesichtspunkten zentral geblieben (ist): Wir werden für uns selbst als Subjekte geboren, das heißt als Wesen, die irreduzibel sind auf das, was die anderen und die Gesellschaft von uns fordern und uns zu sein erlauben. Die Erziehung, die Sozialisation, die Bildung, die Integration lehren uns, Andere unter Anderen zu sein, diesen nicht sozialisierbaren Teil – das heißt die Erfahrung, Subjekt zu sein – zu verleugnen, unsere Leben und unsere Wünsche in vorgezeichnete Bahnen zu lenken, mit den Rollen und Funktionen zu verschmelzen, die zu erfüllen uns die gesellschaftliche Megamaschine auferlegt« (S. 8f.). Es ist also die Frage danach, wie Herrschaft funktioniert, wie Subjekte sich gesellschaftlich unterwerfen und mitwirken, die Gorz interessiert. Für ihn ist die Frage des Subjekts die »moralische Frage«, ist »Grundlage sowohl der Ethik als auch der Politik«: Was hindert die Menschen daran, »sich als Subjekt zu verhalten und die freie Entfaltung ihrer Individualität als das ihnen gemeinsame Ziel zu verfolgen«? (S. 9). Herrschaft findet bekanntermaßen (»seit hundertsiebzig Jahren offenkundig«, S. 9) in der Arbeit statt, aber auch im Alltagsleben neben ihr, in der Reproduktionsarbeit, in unserem Konsum, mit unseren Bedürfnissen.

André Gorz:
»Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie«
Rotpunktverlag Zürich 2009
ISBN: 978-3-85869-391-4
124 Seiten, 16 Euro

Deshalb geht es Gorz auch um eine politische Ökologie: »die Ökologie hat nur dann ihre volle kritische und ethische Kraft, wenn die Verwüstungen der Erde, die Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens als die Folgen einer bestimmten Produktionsweise verstanden werden« (S. 11). Mit diesem Grundverständnis setzt sich Gorz immer wieder mit Fragen der Technik, der Technologien, der Arbeitsorganisation, letztlich der Produktivkräfte auseinander. Er identifiziert in Auseinandersetzung mit Ivan Illichs Technikkritik »verriegelte Technologien« und »offene Technologien«. Zu den ersteren zählt als negatives Megabeispiel die Atomenergie, zu den letzteren alles, was Kooperation begünstigt wie z.B. »heute die freien Netze und Softwares« (S. 12). Mit diesem Grundverständnis gelangt er aber auch – immer auch im Rückgriff auf Marx' »Grundrisse« – zu einer fundamentalen Kritik an schlichten, sich sozialistisch nennenden Vorstellungen der Aneignung der Produktionsmittel durch die ArbeiterInnen wie auch an »der Verherrlichung der Lohnarbeit« (S. 13). Wer seine schon in den 1970er und 1980er Jahren vorgetragene Kritik als eine »Kritik des Kommunismus« verstanden habe oder verstehe, habe seine Argumente nicht kapiert. »›Jenseits des Sozialismus‹ – so lautete der Untertitel des Buches (Abschied vom Proletariat, WV) – befindet sich entweder der Kommunismus, der seine Vollendung ist, oder andernfalls die Scheiße, in der wir heute stecken. Aber der Kommunismus bedeutet weder Vollbeschäftigung noch Lohn für alle, sondern die Abschaffung der Arbeit in der gesellschaftlich und historisch spezifischen Form, die sie im Kapitalismus hat, das heißt die Abschaffung der Arbeit als Beschäftigung, der Arbeit als Ware« (S. 13). Die Kritik der Lohnarbeit wird so zu einer von ihm immer wieder aufgegriffenen Denk-Aufgabe – auch in seinen Texten aus der jüngeren Zeit, die sich mit den aktuellen Verhältnissen auseinandersetzen, die gelegentlich auch als digitaler Kapitalismus, Wissensökonomie oder finanzmarktgetriebener Kapitalismus bezeichnet wurden oder werden.

In dem 2007 in Frankreich veröffentlichten Text »Das Ende des Kapitalismus hat schon begonnen« (S. 17-29) formuliert er die These, dass es dem Kapitalismus nur mit »Tricks« gelingt, die »Krise seiner grundlegenden Kategorien« (»Arbeit, Wert, Kapital«) zu überleben (S. 17). Worin diese Tricks bestehen und ob dazu auch die verschiedenen Wendungen des staatsgetriebenen Kapitalismus gehören, wird allerdings weniger klar als Gorz' Darstellung der Krise. Mit einem »makroökonomischen« Blick beschreibt er den Wettlauf der Produktivitätserhöhung, der nicht nur die Menge angewendeter lebendiger Arbeitskräfte senkt, sondern auch dazu führt, dass die »Produktion nicht mehr in der Lage ist, die Gesamtheit des akkumulierten Kapitals zu valorisieren«, so dass das Finanzkapital eine ökonomisch immer größere Bedeutung erhält und eine »Finanzindustrie« entsteht, die mit Schulden und Spekulationsblasen (»Kapitalisierung der Vorwegnahmen des Profits«, S. 19) zu dem führt, was wir nun weltweit wahrnehmen müssen: der »Moment, in dem die Blasen platzen, die Banken reihenweise Bankrott

Dringliches

Weltweite Krise und die Auswirkungen auf die Beschäftigten in der Autoindustrie

Einladung zur »Netzwerk Auto«-Konferenz

»Netzwerk Auto« ist ein Arbeitsforum von Vertrauensleuten und Betriebsräten aus der Automobilindustrie, das dem regelmäßigen Informationsaustausch dient. Wir verstehen uns als basisorientiert und von dem Interesse getragen, über den eigenen Tellerrand hinaus neue Handlungsstrategien zu entwickeln.
Gemeinsam wollen wir auf der Konferenz sowohl eine Bestandsaufnahme der Krise vornehmen, als auch neue Perspektive, entwickeln und vertiefen. Was sind unsere Forderungen, und wie können wir unsere Ideen und Vorschläge konkretisieren? Betroffene und Interessierte aus der Automobil- und Zulieferindustrie sind eingeladen, sich an der Beratung und Entwicklung gemeinsamer Strategien zu beteiligen.

Aus dem Programm:

- Weltweite Auswirkungen der Krise
- Weltweite Überproduktion von Kapital
- Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten
- Zunahme von Erpressungen gegen die Belegschaften
- Klimawandel und CO_2-Debatte: gesellschaftliche Auswirkungen des Produkts
- Beispiele und Möglichkeiten unserer Solidarität und Gegenwehr
- Perspektiven eines anderen Transportmodells

ReferentInnen u.a.: Sam Gindin (CAW Canada), Lars Henrikson (Volvo Schweden), Winfried Wolf (Verkehrsexperte)

Zeit/Ort: *9. bis 11.Oktober, Oer-Erkenschwick*
Information & Anmeldung: *TIE Bildungswerk e.V., Heidestraße 131, 60385 Frankfurt, Tel. (069) 97760666, Fax (069) 97760669, info@tie-germany.org*

Kultur – Urlaub – Politik

Das Naturfreundehaus Elmstein/Pfalz

Noch immer gibt es viele Naturfreundehäuser, die an ihrer jahrzehntelangen, nur durch die Nazis unterbrochenen, Tradition festhalten und so angenehme und empfehlenswerte Orte für die Teilnahme an kulturellen und politischen Veranstaltungen/Seminaren sowie für preiswerten und ruhigen (Wander-) Urlaub sind.
Dazu zählt auch das NFH Elmstein-Harzofen, das »im Herzen des Pfälzer Waldes« liegt, 50 km von Mannheim/Ludwigshafen und 30 km von Kaiserslautern entfernt. Es ist per ÖPNV und PKW gut erreichbar und bietet mit 113 Betten in 38 (Doppel- und Mehrbett-) Zimmern vielfältige Unterbringungsmöglichkeiten. Die Lage in eigenem, großzügigen Freizeitgelände erlaubt ganzjährig preiswerte Erholungsurlaube – ob mit der Familie, FreundInnen oder solo. Das NFH ist aber auch als Seminar- und Tagungshaus für gewerkschaftliche Gruppen und solche aus den alten und neuen sozialen Bewegungen, für private Initiativen und Feiern buchbar.

Im Rahmen seines politischen und kulturellen Veranstaltungsprogramms bietet das NFH im zweiten Halbjahr 2009 u.a. eine »Mal- und Zeichnen-Schule im Pfälzer Wald« mit dem Stuttgarter Maler und Dozenten Sieger Ragg (2.-8. August) an sowie eine »Krimi-Schreib-Werkstatt« mit dem Krimi-Autor Marcus Imbsweiler aus Heidelberg (9.-14. August). Ein »offenes Begegnungsfest« von ver.di Rheinland-Pfalz gehört ebenso dazu wie ein zweitägiges Pilzseminar (4./5. September).
Ein Highlight dürfte das Seminar zum Thema »Zwischenbilanz zur Finanzkrise« mit Prof. Friedhelm Hengsbach vom 23.-25. November sein – das Seminar ist für Betriebs- und Personalräte, JugendvertreterInnen und interessierte gewerkschaftlich und politisch Aktive ausgeschrieben.

Interessierte erhalten unter www.naturfreunde-elmstein.de weitere Infos zu den Veranstaltungen, zum Haus und zu den

gehen« (S. 19). Mit diesen Krisenerscheinungen geht, sozusagen als unterlegte Melodie, eine ökonomische Logik einher, »die seit hundertfünfzig Jahren« auf eine Klimakatastrophe zu läuft (S. 20) – so die richtige Analyse Gorz'. Mit einem »mikroökonomischen« Blick erzählt er nach, wie »die Arbeiter zu Anhängseln der Megamaschinen des Kapitals« wurden (S. 21) und wie eine kapitalistische Bedürfnis- und Konsumtionsstruktur entwickelt wurde. Die kapitalistische Macht in der Arbeit und im Konsum beginnt für Gorz »infolge der informationellen Revolution rissig zu werden« (S. 22). Den ökonomischen Kern für diese Entwicklung und die Voraussetzung für das Sichtbarwerden von Rissen sieht Gorz darin, dass das Ziel der Kostensenkung durch Informatisierung dazu führt, den Preis der Produkte immer mehr über ihre »immateriellen Eigenschaften« und über eine Art »Exklusivitätsrente« zu bestimmen und zu realisieren, statt klassisch über die Herstellungszeiten und -kosten (S. 22f.). Diese Tendenz werde noch wichtiger, wenn es um Wissen, Kenntnisse und Konzepte gehe, die gar nicht mehr Bestandteil des fixen Kapitals seien, sondern zu einer »von jeder besonderen Nutzung unabhängigen Existenz gelangen« könnten (S. 25). Trotz aller Versuche, die Zugänge über Rechtstitel, Patente, Konzessionen etc. zu beschränken und zu privatisieren, zeigt sich für Gorz hier ein »Reichtum, der dazu bestimmt ist, Gemeingut zu sein«, und es scheint sich ihm – hier ist er ganz optimistisch – »das Zeitalter der Unentgeltlichkeit« unaufhaltsam auszubreiten (S. 26). Die Kämpfe um freies Wissen und »gegen die Vermarktung der Primärreichtümer« sind in seiner Sicht entscheidend dafür, »ob der Ausweg aus dem Kapitalismus eine zivilisierte oder eine barbarische Form annimmt« (S. 28). Der zivilisierte Weg führt Gorz an einen utopischen Punkt, an dem seine Frage des Subjekts fast erlöst und gelöst scheint. Nicht mehr von Aufsässigkeit, sondern von Versöhnung ist die Rede: »Es bedeutet die wiederhergestellte Einheit des Subjekts der Produktion und des Subjekts des Konsums und folglich die wiedergefundene Autonomie bei der Definition unserer Bedürfnisse und der Art ihrer Befriedigung« (S. 28). So skeptisch man gegenüber diesem Traum einer wiedergefundenen Einheit sein kann, so wichtig ist es, darauf zu sehen, dass es sich bei Gorz' Befreiung vom ökonomischen und kulturellen Einfluss des Kapitals um eine freiheitliche und demokratische Perspektive handelt: »Autonomie in der Definition« und nicht Unterwerfung unter angeblich historische Gesetzmäßigkeiten. Mit dieser Perspektive bietet er einen Ausweg aus politisch fatalen Tendenzen mit erzieherischen Neigungen an, die Bedürfnisse in richtige und falsche zu sortieren, statt sich ihrer gesellschaftlichen Geformtheit zu vergewissern. Die Arbeit, die für ihn zu solchen Utopien gehört, ist eine mit »konvivialen Werkzeugen« (Illich) oder selbstbestimmte Hightechproduktion des Notwendigen und Wünschenswerten in kooperativen oder kommunalen »Selbstproduktionswerkstätten« (S. 28f.). Mit diesen Aussagen über Entwicklungstendenzen spricht Gorz fast schon im Sinne eines »Prinzips Hoffnung«, das versucht »herauszubringen, was in dem X des Unmittelbaren gärt und treibt, tendiert und latent ist« (Ernst Bloch): »Ich behaupte nicht, dass diese radikalen Veränderungen Wirklichkeit werden. Ich sage nur, dass wir zum ersten Mal hoffen dürfen, dass sie Wirklichkeit werden« (S. 29).

Der Gedankengang über die gesellschaftlichen Tendenzen in Richtung Überwindung der kapitalistischen Rationalität und Herrschaft wird im fünften Text (S. 79-90) wieder explizit aufgenommen, in dem Gorz sowohl die aktuelle Krise aus der Sicht von 2007 erkennbar werden lässt und auch konkreter ausführt, wie die »strukturelle Komplizenschaft« von Arbeit und Kapital durch die Aneignung und Veränderung der Produktionsmittel überwunden werden kann. Als Utopie im Sinne eines »exemplarischen Gesellschaftsexperiments« favorisiert er gegenüber industrialisierter Großproduktion eindeutig »kommunale kooperative Selbstproduktion« (S. 89). Statt aus Marktmechanismen könnten aus deren Vernetzung Vereinbarungen entwickelt werden, »die festlegen, was produziert und wie und zu welchem Zweck das Notwendige auf lokaler Ebene hergestellt werden muss« (S. 87).

Welche Bedeutung für ihn ein politisches Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse – im Sinne einer Beeinflussbarkeit durch die Praxis der Subjekte – hat, zeigt sich auch in dem Text »Die politische Ökologie zwischen Expertokratie und Selbstbegrenzung« (S. 31-51). Er kritisiert prägnant ein »szientistisches«, »antipolitisches«, letztlich dogmatisches Konzept von Ökologie, das ähnlich wie der dialektische Materialismus »politische Konzepte in den Rang wissenschaftlicher Notwendigkeiten« erhebt (S. 31). In einer mit dem ökologischen Expertenwissen gespeisten Politik des Umweltschutzes kann er keinen Bruch mit der »Industrialisierung und ihrer Hegemonie der instrumentellen Vernunft« erkennen, sondern sieht den Versuch, das gesellschaftliche Naturverhältnis zu »managen« (S. 32). Solche Strategien deutet er als Verstärkung der »Außensteuerung der Gesellschaft« (S. 33) und sieht sie befangen im Glauben, »das Ziel der Ökokompatibilität zu erreichen, ohne dass die Mentalität, das Wertesystem, die Motivationen und die ökonomischen Interessen der gesellschaftlichen Akteure sich ändern müssen« (S. 33). Diese Praxis ist eine der »Expertokratie«, denn sie beseitigt die »Autonomie des Politischen«, indem sie den »Staat und die staatlichen Experten zu Richtern über die Inhalte des allgemeinen Interesses sowie über die Mittel macht, die Individuen diesen zu unterwerfen« (S. 34). Diese Unterschiede finden sich auch in den praktischen sozialen Bewegungen, und Gorz ordnet sich einleuchtend dem radikaldemokratischen Flügel der ökologischen Bewegung zu. In seiner Darstellung der Ursprünge der ökologischen Bewegung interpretiert er diese fast im Habermas'schen Sinn als eine gegen die »Zerstörung der Alltagskultur«, gegen die Überwucherung und Marginalisierung der »Lebenswelt« durch das »System«, d.h. die »Apparate der ökonomischen und administrativen Macht«, gerichtete (S. 35f.). Am Ursprung der Bewegung findet er den Kampf gegen Bevormundung und Vormundschaft durch Kapital und Staat: »Die tiefe Motivation ist immer, die Lebenswelt zu schützen: vor der Herrschaft der Experten, vor der Quantifizierung und der monetären Bewertung, vor der Ersetzung der Autonomie- und Selbstbestimmungsfähigkeit der Individuen durch Beziehungen des Marktes, der Klientel, der Abhängigkeit« (S. 38). Auch hier ließe sich wieder trefflich über die Gefahr der Romantisierung z.B. von Selbsthilfemöglichkeiten, von Gemeinden und Gemeinschaften diskutieren. Aber auch hier ist wieder genaues Hinhören verlangt, formuliert Gorz doch nichts anderes als die These, dass die Menschen prinzipiell fähig sind, autonom und selbstbestimmt ihre Angelegenheiten zu regeln und dabei auch den »Erfordernissen des Ökosystems« (S. 40) gerecht zu werden: »Es ist dies nichts anderes als das Problem der Demokratie« (S. 40). Im Rekurs auf Marx geht es um die Frage nach der Gestaltung des Reichs der Notwendigkeit. Die »assoziierten Produzenten« müssen »zwischen der Quantität und Qualität der

Fortsetzung auf Seite 16 oben

finanziellen Konditionen.
Weitere Informationen über: *Anton Kobel, Tel. (06221) 4337373*

Internationale Konferenz »Organizing in Europa«

DGB – Jugendcamp am Bodensee

Ziel der Konferenz ist es, junge Gewerkschafter aus Europa zusammenzubringen, um Organizing als Methode der Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren. Es werden Workshops stattfinden zu den Methoden und Techniken des Organizing.
Es kommen Aktivisten aus verschiedenen Organizing-Projekten in Europa, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Schließlich ist ein Podium geplant zur kritischen Debatte von Organizing als Zukunftsperspektive der europäischen Gewerkschaften.

Aus dem Programm:
- Was ist Organizing?
- Workshops zu Organizing-Techniken
- Organizing-Pilotprojekte in der BRD
- 10 Jahre Organizing in Großbritannien
- Die globale Strategie der SEIU am Beispiel des Sicherheitsgewerbes in Europa
- Die LIDL-Kampagne in Deutschland und Europa
- Gewerkschaft der Prekären in Italien
- Organizing bei Praktiker in der Türkei

Zeit/Ort: *23. bis 26. Juli, Markelfingen am Bodensee*
Information & Anmeldung: *DGB Baden-Württemberg, Tel. (0711) 2028260, Email: michael.neunzig@dgb.de; www.dgb-jugendcamp.de*

Kein Halten mehr, alles in Bewegung? – Arbeitsmigration in Europa

ver.di-Bildungsurlaub in Saalfeld

Noch Plätze frei – wer hat seinen Bildungsurlaub noch nicht eingereicht? Wir laden herzlich ein zu folgendem Seminar:
Offene Grenzen in der EU, das heißt: Das Kapital geht, »fremde« Arbeit kommt? Während sich »das Kapital« EU-weit praktisch schrankenlos bewegen kann, sind »der Arbeit« noch immer enge Grenzen gesetzt. Doch die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie hat gezeigt: Es sind nicht nur die Unternehmen, die das enorme Gefälle bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen für ihre Standortentscheidungen nutzen. Zunehmend fordern auch die Arbeitenden freiere Bewegungsmöglichkeiten – und wandern, ob legal oder illegal, gegen das Ausbeutungsgefälle an. Kann und soll dieser Prozess aus Perspektive der Gewerkschaften aufgehalten werden? Oder muss nach neuen Wegen zur Begrenzung der Konkurrenz in Europa gesucht werden? Und stimmt die These noch, dass die Dumping-Konkurrenz immer von »den anderen« ausgeht? »Abschieben, legalisieren, organisieren?«, wie umgehen mit der Konkurrenzsituation in Europa?

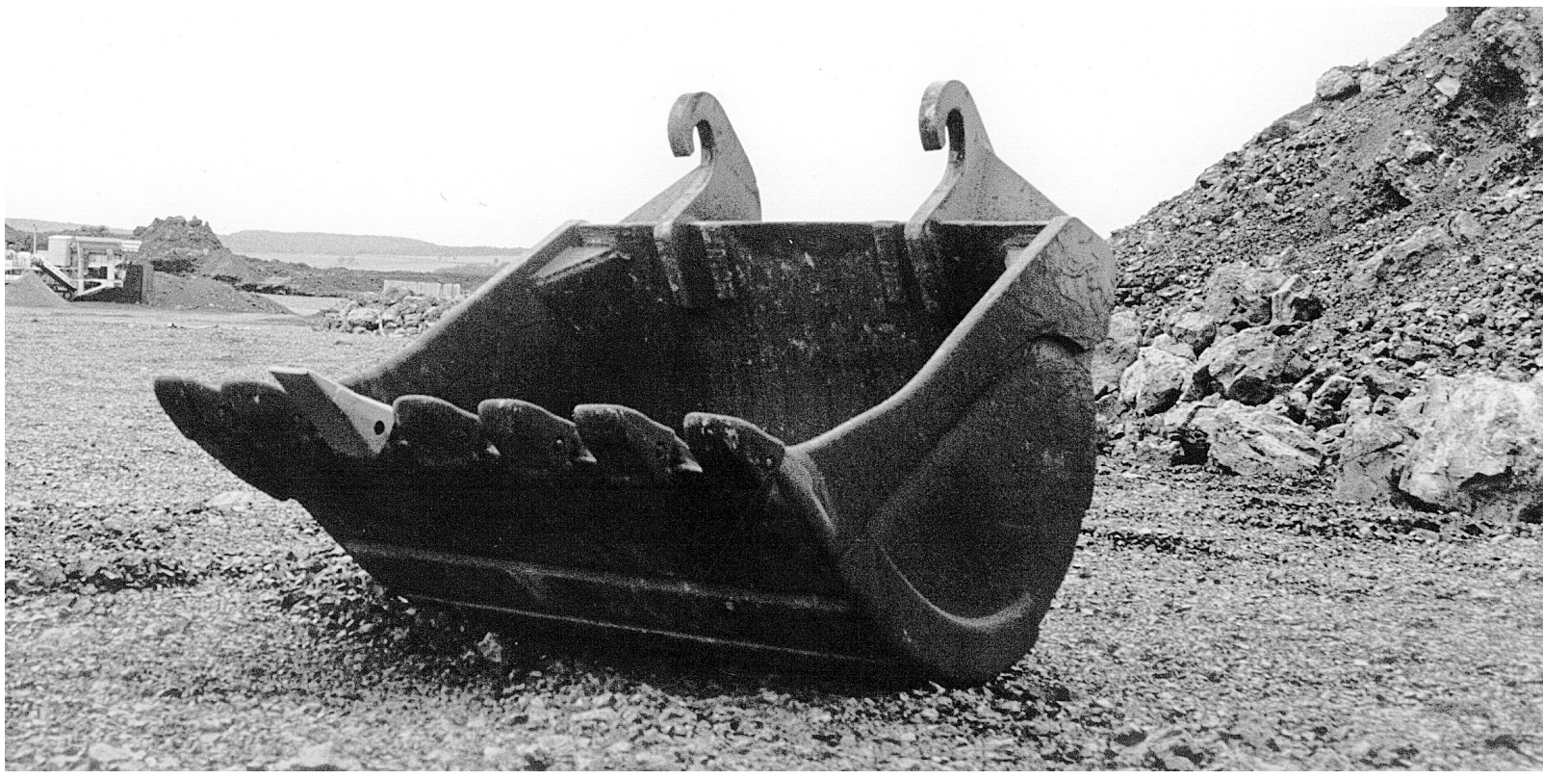
Aus dem Programm:
- Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit – wohin geht die Reise?
- Migrationspotential und Investitionsentwicklung in alten und neuen EU-Staaten
- Arbeits- und Lebensbedingungen von MigrantInnen
- Wie gehen Gewerkschaften und abhängig Beschäftigte mit der Ausweitung der Konkurrenz um? Perspektiven gewerkschaftlicher Kooperation in Europa
- Alternativen zum Lohndumping: Transnationale Gewerkschaften, Europäischer Wanderarbeiterverband, europäische Tarifverträge, Mindestlöhne, Entsendegesetz?

ReferentInnen: Jürgen Behre, Kirsten Huckenbeck, Mihai Balan (Europäischer Wanderarbeiterverband)

Zeit/Ort: *2. bis 6. November 2009, ver.di-Bildungsstätte Saalfeld, Auf den Rödern 94, 07318 Saalfeld*
Information & Anmeldung: *Harald Kralik, Tel. (03671) 5510-16, Email: Harald.Kralik@verdi.de*

Fortsetzung von Seite 15 oben

Arbeit abwägen (...) aber auch zwischen dem Ausmaß der Bedürfnisse und Wünsche, die sie befriedigen wollen und dem Umfang der Mühe, die aufzuwenden sie für akzeptabel erachten« (S. 41). Viel Diskussionsstoff also, der den gesellschaftlichen ArbeiterInnen derzeit von der kapitalistischen ökonomischen Vernunft abgenommen wird. Viel Diskussionsstoff aber auch, wenn Gorz vorschlägt, eine »Norm des Ausreichenden« zu entwickeln und » Selbstbegrenzung als gesellschaftliches Projekt« zu verfolgen. Dieses Projekt ist der Widerstand gegen die innere Tendenz des Kapitals, möglichst viele Bedürfnisse zu erzeugen und sie durch eine immer größere Ansammlung von Waren zu befriedigen. Maximale Verschwendung bei der Bedarfsdeckung ist für Gorz Ergebnis der maximalen »Valorisierung des Kapitals« (S. 46). Das Projekt der Selbstbegrenzung ist eines des politischen Streits und der politischen Verständigung darüber, was denn die »Norm des Ausreichenden« jeweils sein soll – denn auf Traditionen lässt sich hier nicht zurückgreifen. Statt romantischer Rückbesinnung also viel Arbeit beim Entwurf eines von Gorz so genannten »ökosozialen Projekts« (S. 49), das andere kritische Theoretiker vielleicht als posttraditional charakterisieren würden. Die politischen Knackpunkte dieses Projekts hat er parat, und manchen Leserinnen und Lesern dürften sie bekannt vorkommen: Garantie eines ausreichenden Einkommens, weniger und besser arbeiten (»free disposable time ... [als] Maß des Reichtums«), Ausweitung der Tätigkeitssphären, »in denen die ökonomische Rationalität keine Geltung mehr hat« (S. 50).



Elemente des ökosozialen Projekts werden auch in den anderen Texten wieder aufgenommen; erhellend ist z.B. die erneute Lektüre des Textes aus dem »Abschied vom Proletariat« (S. 65-77), in dem er sich auch mit alternativen Technologien, alternativer Energieerzeugung und alternativem Energieverbrauch auseinandersetzt. Auch hier geht es ihm wieder um die Gestaltung der »Sphäre der Notwendigkeit« und die Rolle des Staates als politisch regulativem Organ in der Vergesellschaftung der notwendigen Arbeit: »Zurückzuweisen ist sowohl die vollständige Verwaltung der Individuen durch den Staat als auch die Verwaltung der für die Gesellschaft insgesamt notwendigen Funktionen durch jedes Individuum« (S. 77).

Im Schlusstext, einem Interview aus einer brasilianischen Zeitschrift aus dem Jahr 2005, werden vor dem Hintergrund globalisierungskritischer Bewegungen die Begriffe des Wachstums, des (Waren-)Reichtums, der ihn produzierenden Lohnarbeit und der Verteilung des Reichtums seziert (S. 91-119). In Auseinandersetzung mit den verschiedenen Methoden zur Berechnung des BIP kann am Beispiel der Wasserversorgung und der Landnutzung deutlich gemacht werden, wie wenig diese ökonomistischen Kennziffern mit der Qualität des Alltagslebens und -arbeitens zu tun haben. Gorz zeigt daran die kapitalistische Logik der Notwendigkeit einer wachsenden Verwertung, »die von der materiellen Realität dessen, was wächst, völlig unabhängig ist und ihr gleichgültig gegenübersteht« (S. 96). In der neoliberalen Globalisierung wird der Versuch gesehen, die Warenform auf weitere geografische und gesellschaftliche Gebiete auszuweiten. Die Arbeiterschaft wird dabei mit falschen Alternativen erpresst und erhält sowohl Arbeitslosigkeit als auch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als Ergebnis. In diesem Rahmen kritisiert Gorz zusammenfassend eine Arbeiterbewegung, die sich nur um Lohnniveau, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit sorgt, aber den »Zweck der Produktion« und die »Warenform der Arbeit« nicht in Frage stellt. In den sozialen Auseinandersetzungen um »Prekarisierung und Flexibilisierung der Beschäftigung« und die »Zerschlagung des ›Vorsorgestaates‹« erhält die Forderung nach einem Existenzgeld für Gorz ein großes Gewicht, denn dessen Ziel sei es, »die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten ... vom Zwang zu befreien, sich selbst zu verkaufen« (S. 11). Auch bei diesem Thema ist Gorz keineswegs Pragmatiker, sondern es geht ihm um mehr: »die Dinge anders zu sehen und vor allem die Bedeutung jener Reichtümer zu erkennen, die keine Wertform, das heißt nicht die Form des Geldes und der Ware annehmen können« (S. 115). Das Existenz»geld« als Geld zu interpretieren, würde Gorz' Intentionen vor dem Hintergrund der schon oben angesprochenen »Ökonomie der Unentgeltlichkeit und der Teilung« (S. 118) sicher nicht treffen.

Variationen der Kritik an der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise in einem umfassenden Sinne (einer, wie andere sagen würden, »Kultur«), die sich sonst verstreut über alle Texte des Bändchens von Gorz finden, enthält in gebündelter Form ein Text von 1975 über »Die gesellschaftliche Ideologie des Autos« (S. 52-64). Dieser Beitrag sei – nicht nur wegen der Abwrackprämie, sondern vor allem wegen der »Systemrelevanz« der Automobilindustrie allen dringend zur Lektüre empfohlen. Zwar ließe sich beim Lesen des Textes z.B. einwenden, dass sich die Stadtplanung ja doch vom Modell der autogerechten Stadt verabschiedet hat. Es könnte auch der Einwand vorgetragen werden, dass die Kritik der funktionalen Trennung von Arbeiten, Wohnen, Konsum und Kultur ja von der digitalen Entgrenzung der Arbeits- und Konsumverhältnisse kapitalistisch aufgehoben wird. Oder dass das Ziel der Aufhebung dieser funktionalen Trennung politisch durchaus fragwürdig ist, weil es unter einem Primat des Produktivismus und der besseren Verwertung der Arbeitskräfte totalitären Charakter hat. Was Gorz in diesem alten Text macht, ist nicht mehr und nicht weniger, als am Beispiel des Produkts Auto zu erläutern, worin der gesellschaftliche Zusammenhang von kapitalistischer Massenproduktion und Arbeitsteilung mit der Gestalt unseres Alltagslebens, unserer Städte und Regionen besteht.

Die Gorz'sche – auch schon früh vorgebrachte – Anforderung an die ArbeiterInnenbewegung, sich nicht nur gewerkschaftlichen Aufgaben zu stellen, war und ist KollegInnen in der Automobilindustrie eine große Herausforderung. Bei den ersten Tübinger Ernst-Bloch-Tagen 1978 sagte Willi Hoss: »Wenn ich aber jetzt in der Automobilfabrik arbeite, bin ich mir des Widerspruches bewusst, dass wir Autos produzieren, die zu einer Überfüllung der Bundesrepublik mit Automobilen beitragen, zum Bau von Betonpisten, zur Zerstörung von Landschaft, zu Einfall- und Ausfallstraßen, wo man die Menschen bedauern muss, die dort rechts und links in diesen Häusern wohnen müssen. Wenn ich diesen Widerspruch sehe und aber trotzdem fleißig und brav am Montag wieder um sieben Uhr dort antrete, um Autos zu bauen, dann macht das genau die Wirklichkeit aus, mit der wir es zu tun haben« (Marxismus und Naturbeherrschung, hrsg. SB Verlag 2000, 1979, S. 178). Dass diese Wirklichkeit auch heute noch von KollegInnen nach ihren sozial und ökologisch emanzipatorischen Perspektiven befragt wird, belegt u.a. ein Beitrag von Tom Adler in ak 537 vom 20. März 2009 (»Im freien Fall...«). Und wenn diese Rezension nicht zur Lektüre von Gorz anregt, dann vielleicht der lächerliche TC-Spot von Dacia, in dem Marx, Castro und Che vorgeführt werden, um mit dem Satz »Es sollte um die Bedürfnisse der Menschen gehen!« für das neue Pkw-Modell Sandero zu werben.

** Wolfgang Völker ist Mitglied der Widersprüche-Redaktion.*

Nächster Redaktionsschluss:
3. August 2009

In den nächsten Ausgaben: Arbeitsalltag im Krankenhaus ● Aneignung statt paritätische Finanzierung der GKV ● Mehr Bachelor, weniger Mobilität ● Daimlers Angriff auf die Beschäftigten als Modell für die Krisen»lösung«? ● »Arbeiter im Arbeiterstaat« – Deutsche Traditionen ● Aufstand der Armen – revisited

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007
- ☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006
- ☐ *Jens Huhn:* »Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001
- ☐ *Redaktion express:* »Baustelle China«. Eindrücke und Fragen einer Studien- und Begegnungsreise, Ränkeschmiede 17, 2008
- ☐ *Kirsten Huckenbeck, Anton Kobel, Uli Wohland:* »Kampagnen«. Eine Kampfform der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, Frankfurt 2007

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle
- ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen

- ☐ gegen Rechnung
- ☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG,
Kto.-Nr. 3 95 00 37 (BLZ 500 905 00);
Zusatz Ausland: iban: DE28 5009 0500 0003 9500 37,
swift: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt